



# Deutsche Polizei

Nr. 1 Januar 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## Die Netzwerke der rechten Szene

**In dieser Ausgabe:**

**Tarifpolitik:**  
Ausgangslage  
schwierig wie nie!

**Innenministerkonferenz:**  
Verantwortung für  
höchstmögliches Maß  
an Sicherheit

**Internationales:**  
Bundeswehr kann  
Polizei nicht ersetzen

**Fahndung:**  
Schleierfahndung vor  
dem Aus?

**Ausstattung:**  
Das Tonfa – Herkunft,  
Gefahr und Nutzen

**Bundesseniorenfahrt:**  
2005 nach Litauen  
und Lettland

## 3 KURZ BERICHTET

## 4 KOMMENTAR

Was uns 2005 beschäftigen wird:  
„Nein, nein – die Innere Sicherheit  
ist nicht in Gefahr“ ...

## 5 FORUM

## 6 TITEL/ RECHTSEXTREMISMUS

Die Netzwerke der rechten Szene

## 12 INNENMINISTER- KONFERENZ

Verantwortung für höchstmögliches  
Maß an Sicherheit

## 14 TARIFPOLITIK

Ausgangslage: schwierig wie nie!

## 16 INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS- TECHNIK

PMR Expo 2004

## INTERNATIONALES 18

Bundeswehr kann Polizei nicht ersetzen

## FAHDUNG 21

Schleierfahndung vor dem Aus?

## EUROCOP 23

EuroCOP legt den Finger in die Wunde

## POLIZEIREFORM IN MAZEDONIEN 25

Besuch bei der EU in Brüssel

## BKA-HERBSTTAGUNG 29

Schily fordert mehr Kompetenzen für BKA

## 7. SCHÖNEBERGER FORUM DES DGB 30

Gleichstellung von Frauen und Männern  
im Fokus

## SENIOREN 31

Nachlese Bundesseniorenfahrt 2004

## Die 5. Bundesseniorenfahrt 2005 geht nach Litauen und Lettland – vom 9. bis zum 18. September 2005 32

Titelbild: Foto ddp/Holecek  
Titelgestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Deutsche Polizei



Druckauflage dieser Ausgabe:  
189.673 Exemplare  
ISSN 0949-2844



Inhalt:  
100% Recyclingpapier  
Umschlag:  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

Nr. 1 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
Homepage des Bundesvorstands der GdP:  
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:  
Marion Tetzner  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 190  
E-Mail: [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

Grafische Gestaltung & Layout:  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
E-Mail: [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

Geschäftsführer:  
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:  
Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a  
vom 1. April 2003

Herstellung:  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## PENSIONEN:

### Kürzungspläne angeprangert

Durch verschiedene Sparmaßnahmen haben die Polizistinnen und Polizisten in Deutschland schon auf Hunderte Euros verzichten müssen. In einigen Ländern wurde ihre Lebensarbeitszeit deutlich verlängert. „Bei der jetzt angekündigten Übertragung des so genannten Nachhaltigkeitsfaktors der Rentenversicherung auf die Pensionen ist zu befürchten, dass die Politik unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung bei den Beamtinnen und Beamten wiederum stärker zulängt als bei vergleichbaren Gruppen“, so

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg. Es könne nicht sein, dass sich der Gesetzgeber jetzt schon auf eine feste Größe des Versorgungsniveaus festlegen wolle, wo andererseits die Entwicklung der Renten durch die neue Rentenanpassungsformel flexibel auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren werde.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert die Bundesregierung auf, mit weiteren Einschnitten im Beamtenbereich den Bogen nicht zu überspannen.

### Immer noch oder schon wieder aktuell?

#### Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.  
Ihr sollt auf Euren Direktor vertrauen.  
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.  
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.  
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein.  
Wir wollen freie Wirtschaftler sein!

Wir diktieren die Preise und die Verträge –  
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.

Ihr braucht keine Heime für Eure Lungen,  
keine Renten und keine Versicherungen.  
Ihr solltet Euch allesamt was schämen,  
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!  
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehen –  
Wollt Ihr wohl auseinandergelien!

Ihr sagt: Die Wirtschaft müsse bestehen.  
Eine schöne Wirtschaft! Für wen? Für wen?

Das laufende Band, das sich weiterschiebt,  
liefert Waren für Kunden, die es nicht gibt.  
Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht  
Eure eigene Kundschaft kaputtgemacht.  
Denn Deutschland besteht –  
Millionäre sind selten –  
aus Arbeitern und aus Angestellten!

Und Eure Bilanz zeigt mit einem Male  
einen Saldo mortale.  
Während Millionen stempeln gehen.  
Die wissen, für wen!

*Kurt Tucholsky, 1930*

*aus: Gesammelte Werke © 1960 by Rowohlt Verlag*

## THÜRINGEN:

### Die Kleinen werden auf der Strecke bleiben

Erfurt. Als eine Gefahr für die kleineren, aber auch insgesamt für die neuen Bundesländer sieht der thüringische Innenminister Dr. Karl Heinz Gasser die Übertragung des öffentlichen Dienstrechts einschließlich der Beamtenbesoldung und -versorgung auf Länderebene.

Der zu erwartende Wettbewerb unter den Ländern, so

In dem Gespräch mit dem GdP-Vorstand beklagte Dr. Gasser auch die mangelnde Perspektive solcher Vorschläge: „Die schlechte Kassenlage der Länder wird nicht ewig andauern.“

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg wies darauf hin, dass bei der Übertragung der Beamtenbesoldung auf die Länder in Notzeiten die finanziell schlechter ausgestatteten auf der Strecke



**Edgar Große, Stellvertretender Vorsitzender des GdP-Landesbezirkes Thüringen, Jürgen Schlutter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirkes Thüringen, Dr. Karl Heinz Gasser, Thüringens Innenminister und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg im Gespräch. Foto: hol**

Gasser, werde zerstören, was mühsam aufgebaut worden und zusammen gewachsen sei. Dr. Gasser, ehemals Justizminister des Landes, ist seit Juli Thüringens Innenminister. Bei einem ersten Gespräch mit dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg im Beisein des Vorsitzenden des GdP-Landesbezirkes Thüringen, Jürgen Schlutter, verurteilte Gasser auch den Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, das Berufsbeamtentum in seiner bisherigen Form abzuschaffen. Der Jurist Gasser, von 1997 bis 2002 Mitglied des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen, befürchtet, dass es nach einer erforderlichen Grundgesetzänderung dann „kein Halten mehr“ geben werde.

blieben. In Zeiten verbesserter Steuereinnahmen und Beruhigung des Arbeitsmarktes wiederum müssten sich die Länder dann in der Anwerbung vor allem im Polizeibereich gegenseitig überbieten. Freiberg: „Ein Nullsummenspiel, bei dem sich dann alle Beteiligten wieder nach einer bundeseinheitlichen Beamtenbesoldung zurücksehnen werden.“

Einvernehmen bestand auch in der Einschätzung, dass die Wahrnehmung der geplanten gesetzgeberischen Möglichkeiten die Länder in eine permanente Verhandlungs- und Konfliktlage versetzen, die Personal und Handlungsressourcen auf Länderebene binden werde. **hol**



## NORDRHEIN-WESTFALEN:

### GdP-Kollege zieht in den Landtag ein

Unser Kollege und langjähriges GdP-Mitglied Werner Lohn aus Geseke ist am 12. Oktober 2004 als Abgeordneter der CDU in den Landtag NRW eingezogen. Der 46-Jährige rückt für Hagen Jobi nach, der nach der Kommunalwahl in NRW Land-

zung der Polizei NRW) im Bildungszentrum „Erich Klausener“ in Schloss Holte-Stukenbrock.

Im „Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform“, wozu auch der Polizeibereich gehört, will er sich



rat im Oberbergischen Kreis (Gummersbach) wurde. Werner Lohn war nach der Ausbildung zunächst im WuW-Dienst beim PP Köln und nach der II. Fachprüfung in Kommissariaten beim LR Paderborn und PP Bielefeld aktiv. Bis zu seiner Mandatsannahme am 12. Oktober 2004 war er Jahrgangleiter beim IAF (Institut für Aus- und Fortbil-

als Kenner der Praxis natürlich auch intensiv für die Belange der Polizei in NRW einsetzen.

„Ich freue mich über Informationen und Anregungen aus dem Kollegenkreis“, so Lohn, damit ich weiterhin nah an der Basis arbeiten kann.“

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten gibt es unter [www.werner-lohn.de](http://www.werner-lohn.de).

## SAARLAND:

### Drogen-Vortestsystem für Speicheltest

Die saarländische Polizei verfügt als bundesweit erste Polizeibehörde über ein elektronisches Drogen-Vortestsystem für Speichelproben. Das System bietet damit im Gegensatz zu bisher eingesetzten Vortestverfahren über Urinproben den Vorteil einer schnellen, einfachen und diskreten Untersuchung. Die Speichelprobe wird in einer Testkassette entwickelt, das Ergebnis der Auswertung und der nachgewiesene

Drogentyp werden auf dem Display des Auswertungsgerätes angezeigt. Mit dem System können sechs verschiedene Substanzklassen nachgewiesen werden: Cannabis, Amphetamine, Methamphetamine, Kokain, Opiate und Phencyclidin. Damit ist auch der klassische Bereich der „Designer-Drogen“, zum Beispiel Ecstasy, erfasst.

Nach PM Ministerium für Inneres und Sport, Saarland

## HANS-BÖCKLER-STIFTUNG:

### Europäischer Tarifbericht

Mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von jeweils nur 1,6 % in den Jahren 2003 und 2004 weist Deutschland den mit Abstand niedrigsten Wert in der alten EU auf, geht aus dem Tarifpolitischen Bericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Entgegen dem europäischen Trend blieb die Lohnentwicklung auch im Krisenjahr 2003 hinter dem Verteilungsspielraum zurück, der sich aus der Summe der Preis- und Produktivi-

tätssteigerungen ergibt. Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuelle Forderung nach tief greifenden Lohnsenkungen besonders absurd. „Weitere Lohnsenkungen“, so der WSI-Experte für Tarifpolitik in Europa, Thorsten Schulten, „würden lediglich die zwischen blühendem Export und kränkender Binnennachfrage gesplante Konjunkturlage in Deutschland weiter fortschreiben und darüber hinaus die Gefahr einer handfesten Deflation heraufbeschwören.“

## WSI-BEFragung:

### Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz

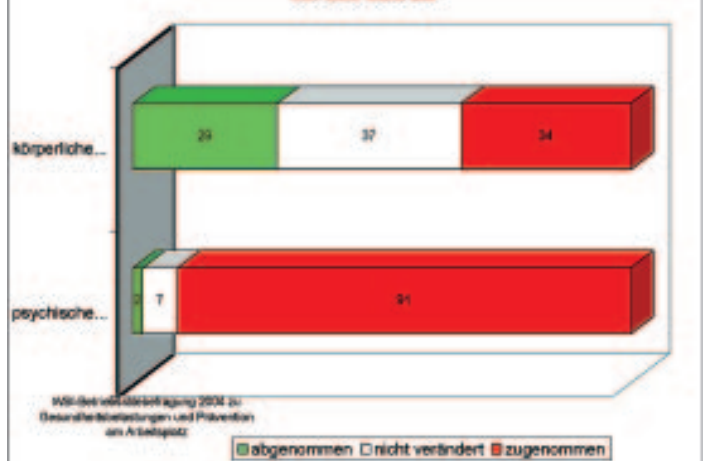
Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz nehmen zu. Vor allem psychische Belastungen durch Terminhetze, Arbeitsintensität und Verantwortungsdruck sind in den letzten fünf Jahren in rund 90 Prozent aller Betriebe gewachsen.

Doch dagegen unternommen wird zu wenig, in erstaunlich vie-

len Betrieben noch nicht einmal das gesetzlich Vorgeschriebene – so das zentrale Ergebnis einer aktuellen repräsentativen Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung von 2.177 Betriebs- und 1.396 Personalräten in allen Branchen Deutschlands.

Quelle: WSI

Entwicklung der Arbeitsbelastungen in den letzten fünf Jahren aus Sicht der Betriebsräte



# KOMMENTAR

Was uns 2005 beschäftigen wird:

## „Nein, nein – die Innere Sicherheit ist nicht in Gefahr“ ...

Die Mahnung ist ebenso dringend wie notwendig: Bund und Länder tragen die gemeinsame Verantwortung für die Innere Sicherheit. Das ist nicht mehr selbstverständlich. Ich habe daher in einem Brief an Bundeskanzler, Ministerpräsidenten, Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern, sowie an die Obleute für Inneres des Deutschen Bundestages davor gewarnt, in die Kleinstaaterei zurück zu fallen.



Denn die Entwicklung in der Innenpolitik ist alarmierend. Mit wem man an verantwortlicher Stelle auch spricht, hört man nur einen Satz: „Die Innere Sicherheit ist nicht in Gefahr.“ Das gilt allerdings nur für den eigenen Zuständigkeitsbereich, denn selbst ist man natürlich fehlerfrei. Geht es darüber hinaus, werden gerne auch mal Zweifel geäußert, besonders dann, wenn dort eine andere politische Couleur herrscht. Es regiert der Zeit-

geist: Betont wird das „Ich“, das „Wir“ kommt erst später – wenn überhaupt. Es ist absurd: Der islamische Extremismus ist mitten unter uns, Terror und Gewalt bedrohen uns ganz real, und die Politik zur Inneren Sicherheit fällt zurück in die Kleinstaaterei.

Von den Auswirkungen der Debatte in der Föderalismuskommission auf die Innere Sicherheit über das Gezerre über Zuständigkeiten zwischen BKA und Ländern bei der Terrorabwehr bis zum Trauerspiel über die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei: Man hat den Eindruck, als würden die Binnengrenzen in Deutschland wieder aufgerichtet, die man gerade in Europa abgebaut hat. Dabei muss gerade für die Innere Sicherheit gelten, was die Qualität der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland ausmacht: Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern. Genau diese Gemeinsamkeit vermisst die GdP. Die Beweiskette ist lang:

- Die jüngste Sitzung der Innenministerkonferenz hat es wiederum nicht geschafft, zur Terrorismusbekämpfung – und wichtiger noch zur Terrorabwehr – gemeinsam konstruktive Lösungen zu finden, die der Bedrohungslage entsprechen. Bürger und Öffentlichkeit gewinnen immer mehr den Eindruck, als bestimmten Eifersüchteleien über Zuständigkeiten die Entscheidungen, nicht aber die gemeinsame Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung.

- Die Föderalismuskommission\* steht nach einjähriger Debatte vor dem Zwang einer Ergebnispräsentation, koste es, was es wolle – und seien es Grundlagen zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Genau darauf läuft es nämlich hinaus, wenn man Besoldung und Versorgung in die Hand der Länder gibt. Geschichte wiederholt sich: Anfang der siebziger Jahre waren es die Länder, die händeringend den Bund gebeten hatten, den Besoldungswettlauf zu beenden und eine bundeseinheitliche Besoldung und Versorgung einzuführen. Jetzt soll es wieder zurückgehen zur Zuständigkeit der Länder – wobei absehbar ist, dass das wiederum zum Wettbewerb um die besten Beamtinnen und Beamten führt. Ich prophezeie schon jetzt: Der Tag wird kommen, da wird wieder nach der Vereinheitlichung auf Bundesebene gerufen. Dies gilt natürlich auch für die Ausstattung der Polizeien. Dieser Wettbewerbsföderalismus wird zu einem Gefälle bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit führen. Wer will der betroffenen Bevölkerung erklären, dass sie sich leider mit Sicherheit zweiter Klasse zufrieden geben müssen?

- Nunmehr wird in der Föderalismuskommission\* auch die Frage einer Änderung des Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz „favorisiert“ („hergebrachte Grundsätze des Beamtentums“). Die Auswirkungen sind kaum abzuschätzen. Auch die Glaubwürdigkeit der Politik nimmt Schaden.

- Das so wichtige einheitliche Erscheinungsbild der Polizei in ganz Deutschland geht verloren. Jedes Land erfindet seine eigene Uniform, mit eigener Farbe, mit eigenem Zuschnitt. Das ist nicht allein eine Frage der unzweifelhaften und sofortigen Erkennbarkeit als Polizei für alle Bürger (auch aus dem Ausland!), das ist auch eine Frage des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Polizistinnen und Polizisten in Deutschland. Damit aber nicht genug: Immer dreister versuchen private Sicherheitsdienste mit der Farb- und Formgebung der Dienstkleidung ihres Personals die Nähe zum „hoheitlichen Erscheinungsbild“ zu bekommen. Da ist unmittelbar die Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger bedroht. Wenn niemand mehr auf Anhieb unterscheiden kann, wer Polizist ist oder nicht, dann sind Bürger- und Menschenrechte in Gefahr. Statt aber solche Selbstverständlichkeiten zu beherzigen, pflegen inzwischen Bund und Länder schon fast nationalstaatlich anmutende Gelüste nach dem eigenen Auftritt.

- Für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit noch kritischer wird es bei dem jahrelangen Gezerre um die IuK-Technik der Polizei. Die Polizei braucht dringend den Digitalfunk, und zwar jetzt und nicht erst am Sankt-Nimmerleinstag. Die Debatte über die Kosten, deren Verteilung, aber auch über die zu wählende Technik ist ein Lehrstück für das Versagen des Föderalismus.

- In allen Bundesländern droht ein zum Teil drastischer Personalabbau bei der Polizei. In den meisten Ländern ist dieser Prozess in vollem Gange. Ca. 7.000 Stellen von Polizistinnen und Polizisten wurden bereits in den letzten fünf Jahren gestrichen.

## **Zu: Reform des Beamtenrechts: Leistung ungenügend, DP 11/04**

• Durch den Wegfall der „Kronzeugenregelung“ und der praxisfremden Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zur so genannten Wohnraumüberwachung haben sich die gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität erheblich verschlechtert.

In dem erwähnten Brief habe ich daher unsere Auffassung deutlich gemacht, dass der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nicht gegenseitige Abschottung bedeuten darf, sondern dass er die Verpflichtung zur positiven Zusammenarbeit von Bund und Ländern sein sollte.

Des Weiteren ist die Gewährleistung der Inneren Sicherheit eine Bringschuld des Staates für alle Bürger, unabhängig von ihrem Wohnsitz und ihrem Aufenthalt, also die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern.

Deshalb mein eindringlicher Appell an alle für die Innere Sicherheit Zuständigen dazu beizutragen, dass Deutschland nicht in die Kleinstaaterei zurück fällt und dass die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Innere Sicherheit bestehen bleibt und wieder deutlich erkennbarer wird.

\* Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses war die Föderalismuskommission noch in der Diskussion, die Beschlüsse waren noch nicht gefasst.



Leistung soll sich auszahlen! Mit diesem Schlagwort lassen sich heute viele ansprechen und glauben, es handle sich um eine gerechte Sache. Wer jedoch den Braten riecht (wie unser Bundesvorsitzender in seinem Kommentar im Heft 11/04), weiß genau, was sich dahinter verbirgt. Außerdem wird mit diesem Slogan unterschwellig vermittelt, dass die Beamten im Allgemeinen faul seien und deshalb unbedingt eine derartige Leistungsorientierung notwendig sei. Alle rechtlichen Vorgaben sowie funktionsbedingte Kriterien, nach denen Beamte ihre Arbeit in vielen unterschiedlichen Positionen durchzuführen haben, sind ohne überdimensionalen Verwaltungsaufwand wohl kaum in einen vernünftigen komprimierten Konsens zu bringen, um für alle Beamtengruppen gleich messbare Fakten zu schaffen. Somit käme ein zusätzliches Beurteilungssystem zustande; und mit welchen Fehlern Beurteilungsrichtlinien behaftet sind, können wohl alle, die sich in dieser Materie auskennen, bestätigen. Außerdem wäre durch ein solches zusätzliches System der soziale Friede untereinander erheblich gefährdet – teile und herrsche lässt grüssen. Am stärksten bin ich jedoch darüber betroffen, dass namhafte Gewerkschafter dieses so genannte Eckpunktepapier als Erfolg bezeichnen; ihnen scheint jegliche Bodenhaftung verloren gegangen zu sein, weil dadurch viele gewerkschaftliche Grundsätze, wie Zivilcourage, menschlicher Umgang untereinander, sozialer Friede usw. missachtet werden.

**Josef Zenge, Waldshut-Tiengen**

## **Zu: Nichtraucher werden!, DP 11/04**

Das war die richtige Aktion zur richtigen Zeit! Ich (26) habe seit meinem 16. Lebensjahr geraucht und kam schon seit einigen Jahren nicht mehr mit nur einer Schachtel Zigaretten am Tag aus.

Anfang November, bekam ich

dann wieder einmal die „DEUTSCHE POLIZEI“ zugestellt. DAS war der Anstoß! Ich verschlang sofort alle Artikel und wollte nur noch eins: auch Nichtraucher werden.

Seit dem 3.11.04 habe ich keine Zigarette mehr angerührt und fühle mich richtig gut. In den schwachen Momenten, die zum Glück nur selten auftreten, halte ich mir immer wieder die Ratschläge und Tipps aus Ihrer Zeitschrift vor Augen.

Sie haben mir geholfen, ein billigeres und was noch viel wichtiger ist, gesünderes Leben zu führen. Dafür möchte ich Ihnen noch einmal ausdrücklich danken!

**Karsten Vesper, KA aus Bochum**



Im ersten Moment habe ich mich gewundert über die Themewahl in der Mitgliederzeitschrift der Berufsvertretung, dann habe ich mich über die populistische Form der beabsichtigten Beeinflussung geärgert und zuletzt fiel der beliebte Götz von B.....

Aber da Wegschauen bekanntlich fast so gut wie Mitmachen ist, möchte ich daran erinnern, dass es unendlich viele Bereiche gibt, wo die Erfüllung persönlicher Wünsche und Vorlieben Andere berührt. Es gibt sicherlich keine

Allen unseren Lesern ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr! Und immer dran denken:

...NIEMALS AUFGEBEN !



Urheber unbekannt

Zweifel, dass die Übergewichtigkeit auch die Krankenkassenbeiträge eines Schlanken steigen lässt, Knoblauchgenuss nicht immer ein Genuss für die Umgebung ist und es ganz viele Aktivitäten gibt, die andere gefährden ...!

Man kann das überflüssigerweise endlos fortführen, aber jeder hat wohl verstanden, dass ich an die Toleranz appellieren möchte. Damit wir uns nicht missverstehen, ich schwelge durchaus nicht in lieben Erinnerungen in Raucher-Gesellschaft, aber ich lehne ihr Tun auch ganz ausdrücklich nicht ab.

**Oliver Jochum, per E-Mail**



Eine tolle Idee finde ich, was sich die GdP hat einfallen lassen. Ich selbst war 30 Jahre Raucher, der zuletzt bis zu 80 (!) Stück pro Tag gequalmt hat.

Ich drücke euch allen die Daumen. Haltet durch, ihr werdet es nicht bereuen!

**Ulrich Weber, Neunkirchen**

**Zu unserer Nichtraucherkur haben wir jede Menge Post bekommen – der Platz reicht nicht, jeden Leserbrief zu veröffentlichen, dafür bitten wir um Verständnis. Im nächsten Heft beenden wir unsere Aktion. Nur so viel vorab: Fast alle, die sich öffentlich auf ihrem Weg zum Nichtraucher begleiten lassen wollten, haben bislang durchgehalten. Die Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

**Kontakt zur Redaktion:**  
GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de



## Die Netzwerke der rechten Szene

**Das Thema Rechtsextremismus hat wieder Konjunktur. Leider. Hatte sich das Interesse der Medien nach der hitzigen Diskussion um die Rede des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann rasch anderen Missständen zugewandt, wird nun wieder über rechte Gruppierungen und die Gefahren diskutiert, die von ihren Vordenkern und Hintermännern ausgehen. Viel Aufregtheit und publizistischer Rummel um Nichts? Oder haben sich die Koordinaten der politischen Landkarte in Deutschland tatsächlich nachhaltig verschoben? Es gibt Indizien, die für einen Rechtsruck sprechen.**

Ein deutliches Zeichen sind die Wahlerfolge von NPD und DVU in Brandenburg und Sachsen. Wo man sich im rechten Lager vormals gegenseitig zerfleichte, strebt man nun eine Zusammenarbeit gemäß dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ an. Gegenwärtig träumen beide Parteien von einer „Volksfront von rechts“ und sehen offenbar keinen Grund mehr, mit ihren verfassungsfreudigen Grundeinstellungen hinterm Berg zu halten. So bekannte NPD Parteichef Voigt in einem Interview offenerherzig: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne“.

### Kampf um Köpfe, Straße und Parlamente

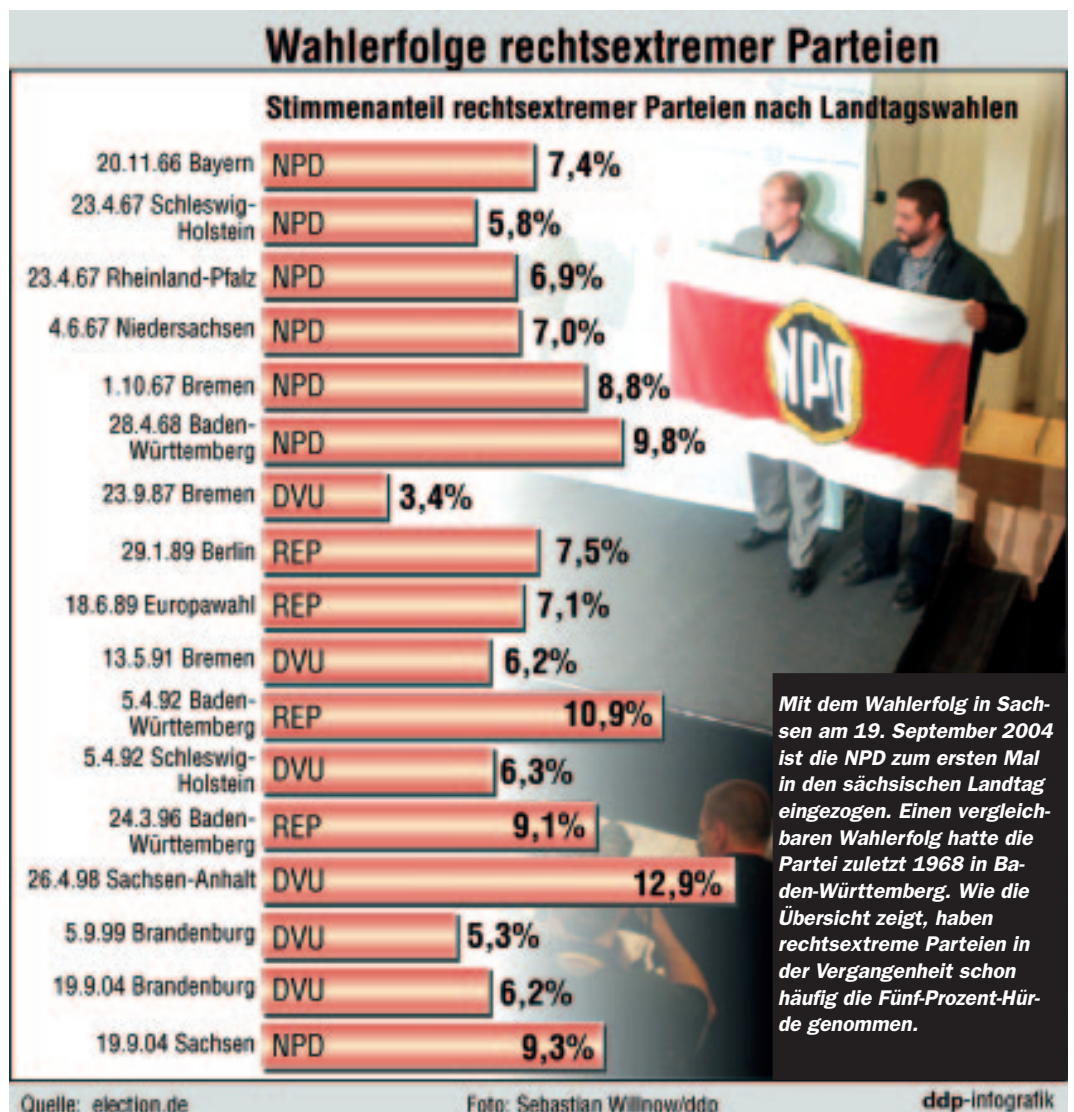
Mit der Öffnung der Partei und ihres Bundesvorstands für gewaltbereite Neonazis aus dem Umfeld der so genannten „freien Kameradschaften“ hat sich die NPD zu einem Auffangbecken für vorbestrafte Extremisten wie Thorsten Heise entwickelt. Auch Norman Bordin, Gründer des „Aktionsbüro Süd“ hat hier eine neue politische Heimat gefunden. Zu seiner – später in „Kameradschaft Süd“ umbenannten – Gruppe gehörte auch der mutmaßliche Rechtsterrorist Martin Wiese, der im vergangenen Jahr einen Spreng-

stoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München geplant haben soll.

Damit hat der Rechtsextremismus in Deutschland auch politisch eine neue Qualitätsstufe erreicht. Mit dem erfolgreichen Einzug in die ostdeutschen Landtage Brandenburg und Sachsen scheint eine wichtige Hürde im angekündigten Kampf um die Köpfe, um die Straße und die Parlamente genommen zu sein. Ergänzt wird diese 3-Säulen-Strategie seit den jüngsten Erfolgen um den „Kampf um den organisierten Willen“, der auf eine koordinierte Zusammenarbeit der unterschiedlichen nationalistischen Gruppierungen unter Federführung der NPD abzielt.

Auch abseits der politischen

Bühne kann die Rechte auf bedenkliche Erfolge verweisen. Tatsächlich ist es im Osten gelungen, so genannte „national befreite“ Zonen zu schaffen, in denen Rechtsextremismus zur dominierenden Alltagskultur aufgestiegen ist. Man brüstet sich damit „ausländerfrei“ zu sein. Wer seinem Aussehen nach nicht dem rechten Mainstream entspricht, muss im Alltag mit Beleidigungen, Drohungen und Übergriffen rechnen. Die Rechte nutzt dabei jede Möglichkeit, das mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende der DDR entstandene Identitätsvakuum mit ausländerfeindlicher Pole-



Mit dem Wahlerfolg in Sachsen am 19. September 2004 ist die NPD zum ersten Mal in den sächsischen Landtag eingezogen. Einen vergleichbaren Wahlerfolg hatte die Partei zuletzt 1968 in Baden-Württemberg. Wie die Übersicht zeigt, haben rechtsextreme Parteien in der Vergangenheit schon häufig die Fünf-Prozent-Hürde genommen.

### Die Nationaldemokratische Partei (NPD):

- im Herbst 1964 von Funktionären der ehemaligen „Deutschen Reichspartei“ gegründet,
- zwischen 1966 und 1968 Einzug in sieben Länderparlamente,
- Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen,
- Landtagswahl in Sachsen 2004 mit 9,2 Prozent erstmals seit 1968 wieder Einzug in ein Länderparlament,
- derzeit rund 5.000 Mitglieder.

Programmatik: Die NPD strebt die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ an. Der Verfassungsschutz sieht eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Die NPD verharmlose das NS-System.

„Dort wo Jugendzentren, Vereine und andere Anlaufstationen den Sparzwängen zum Opfer fallen, sind die Rechten zur Stelle und bieten sich als Helfer in der Not an.“

mik und nationalistischen Parolen auszufüllen: Dort wo Jugendzentren, Vereine und andere Anlaufstationen den Sparzwängen zum Opfer fallen, sind die Rechten zur Stelle und bieten sich als Helfer in der Not an. Freilich nicht ohne Hintergedanken: Nachbarschafts- und Hausaufgabenhilfe, Propaganda- und Parteischulung greifen ineinander und vermischen sich zu einem gefährlichen Ideologiecocktail – vor allem in den Köpfen der jungen Menschen. Die

Sozialarbeit von rechts greift und beginnt, dem Gedankengut der rechten Szene auch einen Weg in die bürgerliche Mitte hinein zu bahnen.

### Rechts hat nicht nur in Ostdeutschland Boden gewonnen

Diese wachsende Akzeptanz für rechtspopulistisches, rechtsradikales und rechtsextremes Gedankengut ist keineswegs auf Ostdeutschland beschränkt. Zudem ist das Phänomen nicht so neu, wie man es angesichts seiner aktuellen Allgegenwart in den Medien vermuten könnte. „Der Zeitgeist weht wieder rechts, und Deutschland driftet“, schrieb Friedbert Pflüger, CDU-Bundestagsabgeordneter und Pressesprecher des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, seiner Partei bereits vor über zehn Jahren ins Stammbuch. Seine Absicht war es, seine Partei gegen die Ideen der „Konservativen Revolution“ zu immunisieren, deren Anhänger auch innerhalb der Union auf eine schleichende Erosion der Abgrenzung zwischen konservativem und rechtsextremem Denken hinarbeiteten.

Das Gefahrenpotential hinter solchen Entwicklungen ist nicht zu unterschätzen. Nach wie vor gibt es in Deutschland einen stabil zweistelligen Prozentsatz von Menschen, die fremdenfeindlichen und antisemitischen Klischees anhängen und geneigt sind, sich Einstellungen rechtspopulistischer, -radikaler und -extremistischer Wortführer zu Eigen zu machen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, aufkeimender Sozialneid und die vorherrschende Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien spielen den rechten Provokateuren in die Hände. Nicht umsonst warnte Hans Jürgen Doll, Vizechef des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz im September vergangenen Jahres, aus der politischen Großwetterlage sei „ein gefährlicher Nährboden“ für die Stim-

„Die „Neue Rechte“ verbindet das rechtsextremistische Lager mit dem demokratischen Spektrum und speist rechte Ideen in die Diskurse der politischen Mitte ein.“

mungsmache rechtspopulistischer Vordenker erwachsen.

### Die „Neue Rechte“

Solche Vordenker gibt es in Deutschland seit Jahren. Nur in wenigen Fällen sind sie in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Sie bilden auch das Rückgrat der so genannten Neuen Rechten, einer rechten Strömung, die nicht durch Gewalt, nationalsozialistische Symbole oder medien-gerechte Aufmärsche in Erscheinung tritt, die aber dem Rechtsextremismus durchaus als Stichwortgeber dient und als Ideenschmiede. Sie nimmt eine „Scharnierfunktion“ wahr, indem sie das rechtsextremistische Lager mit dem demokratischen Spektrum verbindet und rechte Ideen in die Diskurse der politischen Mitte einspeist. Der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter weist darauf seit Jahren hin.

Wenngleich es innerhalb der Neuen Rechten keine einheitliche ideologische Linie gibt, lassen sich aus dem wirren Geflecht der propagierten Ideen, Weltbilder und Programme dennoch gewisse Gemeinsamkeiten ziehen, die Aufschluss über gemeinsame Ideen, Strategien und Taktiken geben.

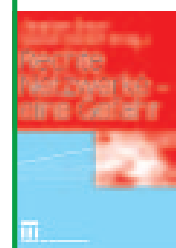
Vorstellungen und Werte der Neuen Rechten kreisen im Wesentlichen um das Leitbild einer Konservativen Revolution, die in der Weimarer Republik auf

die Abschaffung der freiheitlichen Demokratie hinwirkte und als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus auftrat. Vor allem die Ideen des Staatsrechtlers Carl Schmitt dienen den heutigen Vertretern der intellektuellen Rechten als Anknüpfungspunkt ihrer theoretischen Ausführungen. Schmitts Positionen widersprechen allerdings den Ideen und dem Geist des Grundgesetzes fundamental. Während das Grundgesetz eindeutig den Rechten des einzelnen Menschen Vorrang vor dem staatlichen Kollektiv einräumt, verhält es sich bei Carl Schmitt genau umgekehrt. Schmitts rigoros gegen jede Form von (Meinungs-)

### Der Autor



**Stephan Braun**, geb. 1959, Journalist. Seit 1996 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Sprecher der SPD-Fraktion für Fragen des Verfassungsschutzes und des Extremismus; Vorsitzender des Gremiums nach Art. 10 Grundgesetz (parlamentarische Kontrollgremium des Verfassungsschutzes); Herausgeber des Buches „Der Jugend eine Chance. Perspektiven, Forderungen, Modelle“, Stuttgart 1999;



zusammen mit Daniel Hörsch Herausgeber des Buches „Rechte Netzwerke – eine Gefahr“, Wiesbaden 2004.



Vielfalt gerichtetes Demokratieverständnis spricht eine deutliche Sprache: „Zur Demokratie gehört notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, dass

ein „verbreiteter Schmittismus“ attestiert wird, heißt das im Klartext: Hier wird auf dezidiert antiliberales, antiparlamentarisches und antidemokratisches Denken Bezug genommen. Mit Schmitt wird von Seiten der intellektuellen Rechten einem Staatsrechtler hofiert, der Menschenrechte als

Neue Rechte den strategischen Anschluss an die etablierten konservativen Eliten sucht. Ihre langfristige Zielvorstellung ist es, durch Einfluss auf die Kultur und die führenden Köpfe eines Landes langfristig die politische Vorherrschaft zu erringen.

Es ist fast schon ironisch, dass sie damit an Antonio Gramsci anknüpft, der als politischer Philosoph in der Tradition des italienischen Marxismus steht. Er sah die „kulturelle Hegemonie“ als unabdingbare Voraussetzung für die spätere politische Machtergreifung der Kommunisten in Italien. Dahinter stand seine Überzeugung, dass alle großen Revolutionen lediglich die punktuelle Verwirklichung eines Sinneswandels waren, der sich zuvor schon unerschwinglich im politischen Denken der Bevölkerung vollzogen hatte.

Um das notwendige Meinungsklima zu schaffen, versuchen die Anhänger einer solchen „Kulturrevolution von rechts“ aktuelle öffentliche Diskurse zu beeinflussen und gezielt die Grenzen des Sagbaren auszutesten. Vor allem so genannte Meinungsführer, Multiplikatoren und politische Entscheidungsträger stehen dabei im Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Karlheinz Weißmann, ein bekannter Vordenker der Neuen Rechten, hat das in der Jungen Freiheit so formuliert:

„Uns geht es um geistigen Einfluss, nicht die intellektuelle Luftfreiheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser“.

Von ihm stammt auch die taktische Ausrichtung der Bewegung am Leitmotiv der Anpassungs- und Verstellungskunst. Ziel dieser Vorgehensweise ist es, trotz der offensichtlichen Unvereinbarkeit neuerer Ideen mit dem Grundgesetz, die drohenden Sanktionen der „streitbaren Demokratie“ zu vermeiden. So sei es bei der Beurteilung einer politischen Situation wichtig zu

### Rechtsextremismus im Überblick

- In Deutschland gibt es 169 rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse mit insgesamt rund 41.500 Mitgliedern und nichtorganisierten Sympathisanten. Die Zahl der Neonazis ist mit 3.000 (2002: 2.600) um rund 15 % gestiegen.
- Wachsende Neonazi-Szene: 95 Gruppierungen (2002: 72) mit Mindestmaß an organisatorischen Strukturen. Dazu zählte auch ein beträchtlicher Teil der rund 160 „Kameradschaften“.
- In den rechtsextremistischen Parteien sind rund 24.500 (2002: 28.100) Personen organisiert.
- Neonazis knüpfen an die Ideologie des Nationalsozialismus an und streben einen autoritären Führerstaat auf rassistischer Grundlage an.
- Das Internet ist das bedeutendste Kommunikationsmedium für Rechtsextremisten. Sie nutzen es zur Selbstdarstellung nach außen sowie zur szeneeinternen Verständigung.

lernen, „ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist“. Das ist so neu nicht. Schon 1973 hatte Wilfried von Oven, der ehemalige persönliche Referent von Goebbels, seinen rechtsextremen Freunden geraten: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee der ‚Ewig-Gestrigen‘ passen... Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben.“

### Rechte Netzwerke sind aktiv

Mit Weißmann und der Jungen Freiheit sind bereits zwei feste Größen der deutschen Rechten benannt. Ihre Anhänger be-

In einem Interview in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ („JF“ vom 23. September 2004) äußerte sich der Parteivorsitzende der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), Udo Voigt, nach den jüngsten Wahlerfolgen u. a. zur künftigen Linie seiner Partei.

Es sei notwendig, dass sich die Wähler auch künftig entscheiden, ob sie den „Untergang Deutschlands in einer multikulturellen Gesellschaft“ oder die Besinnung auf eine „nationale Wende“ wünschten. Ziel der NPD sei es, die „BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“, was offenbar „auch über die Wahlurne“ funktioniere. Diesen Umsturz der bestehenden Verhältnisse will Voigt „durch revolutionäre Veränderung“ erreichen. „Solange sie (Anm.: die Bundesrepublik Deutschland) de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen“, betont Voigt, dem „eine demokratische Erhebung (...) durch ein revolu-

tionär verändertes Wahlrecht“ vorschwebt. Bei der angestrebten neuen Ordnung soll es sich um „eine Volksgemeinschaft“ handeln, in der den Traditionen der deutschen Einheitsbewegung Rechnung getragen werde.

Voigt bezeichnet Hitler als „einen großen deutschen Staatsmann“, dem er allerdings „die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands“ anlastet. Folgerichtig bemühe sich die NPD heute darum, „die nationalsozialistische Strömung zu integrieren“.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin hat ein Ermittlungsverfahren (Az. 81Js 3323/04) gegen Voigt wegen dessen Äußerungen in der „JF“ eingeleitet. Die Prüfung der strafrechtlichen Relevanz der gesamten Äußerungen Voigts durch die Staatsanwaltschaft – insbesondere die Festlegung der verwirklichten Straftatbestände – ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

„unveräußerliche Eselsrechte“ verunglimpft und die ethnisch und politisch homogene (Volks-) Gemeinschaft zur einzig wahren Grundlage des Staates erklärt.

### Anschluss an die konservativen Eliten

Mit diesen Rückgriffen auf die Weimarer Zeit ist auch die Programmatik umrissen, mit der die

sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“. Wie die Herstellung gesellschaftlicher Homogenität durch einen staatlichen Machtapparat aussieht, hat die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auf das schrecklichste demonstriert.

Wenn also der Jungen Freiheit, dem Leitmedium der Neuen Rechten, – fast verniedlichend –

wegen sich in einem verzweigten Geflecht aus Kontakten, die sie mit Gleichgesinnten in diversen Studienkreisen, Bildungseinrichtungen, Verlagen, Parteien und Kameradschaften pflegen. Diese rechten Netzwerke arbeiten expansiv und sind bestrebt, sich mittelfristig als feste Größe der öffentlichen Meinungsbildung zu etablieren. Dabei suchen sie auch die Nähe zu den Parteien des demokratischen Spektrums und ihren Repräsentanten.

Ein Beispiel hierfür ist Albrecht Jebens. Er gilt seit rund 20 Jahren als einer der führenden Köpfe in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. Wo das ehemalige CDU-Mitglied im politischen Spektrum anzusiedeln ist, macht bereits ein flüchtiger Blick in Jebens publizistisches Oeuvre deutlich:

„Wer Deutschland aber den Deutschen durch fortschreitende Überfremdung fortnimmt, betätigt sich als wahrhaft geistiger Brandstifter des Bürgerkriegs und ist allemal gefährlicher als ein einzelner, geistloser junger Mann mit einer Brandflasche in der Hand“ („1813-1989-1993: Preussische Perspektiven heute“).

von Hitlers Außenministerium, dem Obersturmbandführer Paul Schmidt-Carrell, Gerhard Mayer-Vorfelder und anderen 1993 die Hans Filbinger-Stiftung. Diese hat seither unter anderem das Ziel, das Weikersheimer Studienzentrum in seiner Arbeit zu unterstützen.

Das Zentrum lädt ein zu Seminaren und Veranstaltungen, beispielsweise Hochschulwochen. Die Teilnehmer und Referenten kommen dabei aus dem gesamten Spektrum von demokratisch bis hin zum äußersten rechten Rand. Jebens wurde 2002 in den Vorstand gewählt und ist gern gesehener Referent der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) mit Sitz in Oberboihingen bei Göppingen in Baden-Württemberg. Die von ehemaligen SS-Offizieren und NS-Funktionären gegründete Gesellschaft fehlt in keinem Verfassungsschutzbericht und gilt als größtes überparteiliches Sammelbecken von rechtsextremen Verlegern, Redakteuren, Schriftstellern und Buchhändlern. Sie hat das Ziel, die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren. In dieser „feinen Gesellschaft“ trifft Jebens auf Vorstandskollegen



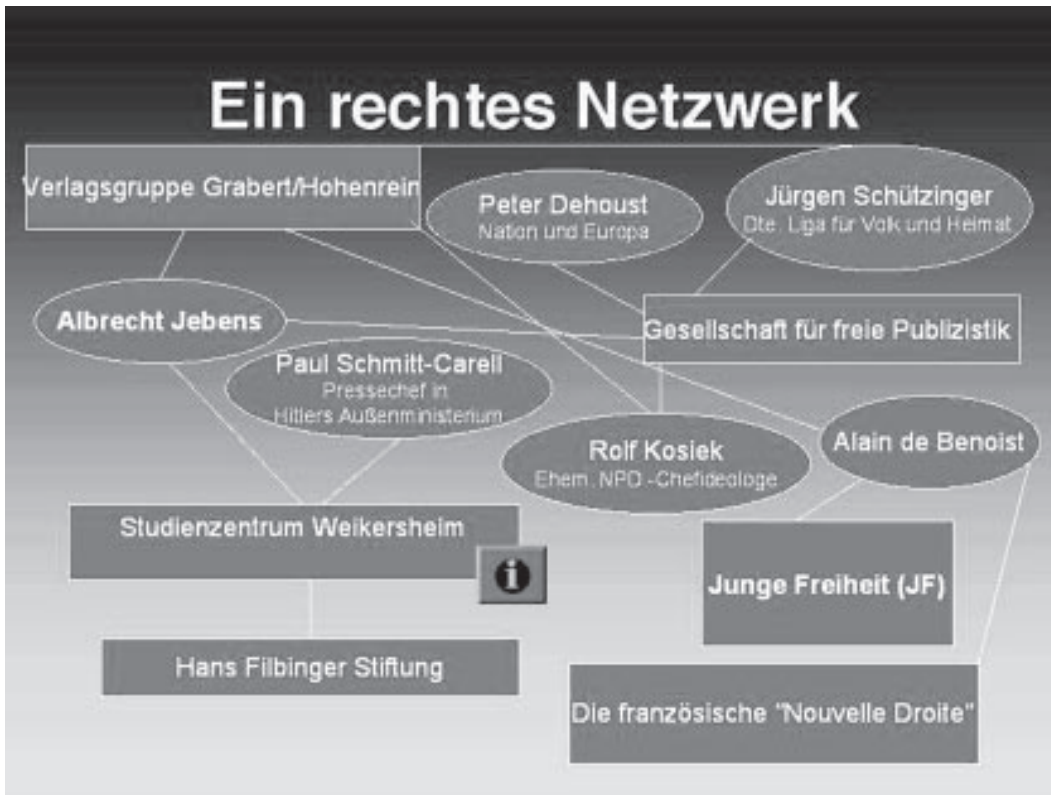
**Schloss Weikersheim**

**Foto: dpa**

Jebens baute etwa 15 Jahre lang das von Filbinger 1979 gegründete, in Hohenlohe-Franken liegende Studienzentrum Weikersheim mit auf, das sich rasch zu einer Denkfabrik für konservative Kreise, alte und Neue Rechte entwickelt hat. Zu Filbingers 80. Geburtstag gründete er zusammen mit dem Pressechef

wie Rolf Kosiek, den ehemaligen Chefideologen der NPD, und auf Peter Dehoust, den Chefredakteur und Herausgeber von Nation und Europa (Deutsche Monatshefte).

Bei dieser im bayerischen Coburg erscheinenden Publikation handelt es sich um die älteste rechtsextreme Zeitschrift der



GRECE, der so genannten Forschungs- und Studiengruppe für europäische Zivilisation. Sie ist die Speerspitze der Nouvelle droite, der Sammelbewegung der französischen Neuen Rechten. Beide, die französische und die deutsche Neue Rechte arbeiten eng zusammen. De Benoist bildet so etwas wie die Schnittstelle zwischen beiden. Die eben beschriebene Beziehung – GFP, Verlagsgruppe Grabert/Hohenrain, Junge Freiheit, Alain de Benoist – markiert eine Verbindung zwischen der „alten“ und der „Neuen Rechten“. Beide verbindet in der Tat mehr, als man auf den ersten Blick glauben mag. Vor allem mehr, als manche Vertreter der Neuen Rechten glauben machen wollen.

Für die weitere Verbreitung des Rechtsextremismus in Deutschland besitzen solche Netzwerke eine zentrale Rolle. Sie nehmen Einfluss auf die Themen der öffentlichen Diskussion, um letztlich Akzeptanz für verfassungsfeindliche Thesen und Positionen schaffen. Das Düsseldorfer Institut für Sprach-

Bundesrepublik die gleichzeitig als das bedeutendste Strategie- und Theorieorgan der Szene gehandelt wird. Das Blatt wird herausgegeben vom Nation Europa-Verlag, der überwiegend Neuausgaben älterer militärhistorisch-revisionistischer Werke, etwa über die Waffen-SS-Einheiten „Leibstandarte“ oder „Das Reich“ veröffentlicht.

Aber auch Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen gehört dem Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik an. Dieser ehemals hochrangige NPD-Funktionär musste wegen rechtsextremistischer Umtriebe aus dem Polizeidienst entfernt werden und ist heute Bundesvorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), die nach Auffassung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mit militanten Neofaschisten kooperiert. Regional arbeiteten Mitglieder mit Aktivisten verbotener Organisationen zusammen, wie etwa der Wiking-Jugend, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und der „Nationalistischen Front“.

Da verwundert es kaum noch, dass alle drei – Jebens, Kosiek

und Schützinger – auch Autoren in der rechtsextremistischen Verlagsgruppe Grabert/Hohen-

die die Geschichte der NS-Zeit umschreiben möchten. Publikationen wie der „Auschwitz-My-



**Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten betrug Ende 2003 rund 10.000 Personen. Hierzu zählen auch die Personen, die sich – ohne bisher Gewalttaten begangen zu haben – für Gewaltanwendung aussprechen.**  
Quelle: Verfassungsschutzbericht 2003

rain mit Sitz in Tübingen sind.

Die beiden Verlagshäuser decken mit ihren Programmen alle Themenfelder ab, die für den Rechtsextremismus von ideologisch politischer Bedeutung sind. Grabert gilt als Standard-Verlag der Holocaustleugner und derer,

thos“ bedürfen keiner weiteren Erläuterung.

In der Verlagsgruppe Grabert/Hohenrain publiziert auch Alain de Benoist, den viele auch als ständigen Autor der Jungen Freiheit kennen. De Benoist gilt seinerseits als Vordenker der

und Sozialforschung weist dies an Hand von Diskursanalysen an mehreren Beispielen nach. Insofern ist es gerechtfertigt und notwendig, diesen gefährlichen Balanceakt zwischen Legalität und Volksverhetzung genau im Auge zu behalten.





Berliner Innenstadt, 25. September 2004: Die Polizei war mit rund 1.000 Beamten im Einsatz, um das Verbot eines NPD-Aufmarschs durchzusetzen. Eingesetzt waren auch Polizeibeamte des Anti-Konflikt-Teams, die mit Jugendlichen aus der rechten Szene zu reden versuchten. Foto: ddp

## Gegenstrategie

Eine Erfolg versprechende Gegenstrategie muss an drei Punkten ansetzen:

1. Zunächst müssen die vorhandenen Mittel des Rechtsstaates in aller Konsequenz zum Einsatz kommen. Polizei, Justiz und Verfassungsschutzbehörden leisten auf diesem Gebiet immer wieder gute Arbeit.

Die Erfolge stoßen aber auch an Grenzen: Per Beschlagnahmebeschluss konnte ein Großprojekt der rechten Szene aufgehoben werden, das unter dem Namen „Aktion Schulhof“ bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte. Ein Netzwerk – bestehend aus 56 neonazistischen Kameradschaften, Bands, Einzelpersonen und Labels – hatte geplant, durch die Verteilung von 250.000 CDs mit rechtsextremistischer Musik Szene-Nachwuchs an deutschen Schulen zu ködern.

2. Ähnliche problematisch sind Tendenzen innerhalb der rechten Szene, sich durch internationale Vernetzung einer effektiven Strafverfolgung zu entziehen. Einerseits darf man sie als Beweis für die Erfolge der deutschen Behörden werten. Gleichzeitig verweist die Entwicklung jedoch auf das Problem, wie dem Rechtsextremismus in einem Europa der offenen Grenzen oder grenzenlosen Informationswelten wie dem Internet zu begegnen ist. Gerade im Umgang mit rechtsextremistischen Inhalten im World Wide Web wird deutlich, dass Strafverfolgung nur ein Teil der Lösung sein kann.

3. Schließlich ist eine Demokratie immer nur so stark, wie die Zivilgesellschaft, die sie trägt. Es wird Zeit, dass sich die Bildungspolitik, die Schulen und die außerschulische Bildungsarbeit systematisch den Herausforderungen der Einwanderungs-

gesellschaft stellen. Notwendig sind pädagogische Initiativen, die sicherstellen, dass wir nicht nur Demokratie lehren, sondern viel mehr Räume bieten, sie zu erleben und zu erlernen. Darin liegt in gleichem Maße eine Herausforderung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit.

## Demokratie lernen mit CIVICS

Ziel des Modell-Projekts CIVICS ist es, ein zusammenhängendes und modular aufeinander aufbauendes Curriculum „Demokratiekompetenz“ von der modellhaften Erprobung über den innerschulischen Transfer bis zu einer Verankerung in Schulpraxis, Schulcurriculum und Schulprogramm zu entwickeln.

Das Fächer übergreifende Modell besteht aus zwei Säulen: Demokratisches Sprechen und Verantwortung Lernen. Zu den einzelnen Modulen zählen u. a.: Kooperatives Lernen, Meditation und Streitschlichtung, Debatte und Deliberation im Unterricht, Klassendienste, schulinterne Serviceprojekte und Verantwortung Lernen in der Gemeinde.

Modellprogramme wie das CIVICS-Projekt der Bund-Länder-Kommission stellen wertvolle Anregungen zur Verfügung, wie Demokratiekompetenz bereits in den Schulen vermittelt werden kann, um Schülerinnen und Schüler gegen extremistische Einstellungsmuster jeder Art zu wappnen. Denn nur wenn der rechte Spuk rechtzeitig in den Köpfen und auf der Straße konsequent bekämpft wird, ist ihm auch ein Scheitern in den Parlamenten sicher.

**Stephan Braun**

## Finanzquellen der rechten Szene

Die Quellen, aus denen rechte Netzwerke ihre Gelder beziehen sind so heterogen wie die Szene selbst.

Ein wesentlicher Teil der Gelder stammt aus dem Steuersäckel. Denn auch die rechtsextremen Parteien profitieren von der staatlichen Parteienfinanzierung. So haben Parteien Anspruch auf staatliche Mittel, wenn sie bei Bundestags- und Europawahlen mindestens 0,5 Prozent der Stimmen, bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Brandenburg könnte die DVU rein theoretisch rund 60.000 Euro beanspruchen, der NPD stünden mehr als 162.000 Euro zu. Die Gelder kämen ihnen frühestens 2005 zugute. 2003 hatten beide Parteien auf diesem Wege mehr als 565.000 Euro erhalten.

Daneben sind rechtsextremistische Parteien und die sie umgebenden Netzwerke auf Spenden angewiesen. Im Falle der NPD lagen die im Rechenschaftsbericht ausgewiesenen Zuwendungen im Jahre 2000 bei immerhin 2.827.277 DM, zwei Jahre zuvor bei mehr als drei Mio. DM. Besonders Erbschaften und Zuwendungen aus „nationalkonservativen“ Unternehmerkreisen lassen die Kassen klingeln. Die dahinter stehenden Firmen bedienen oft den szeneeigenen Markt mit Musik, Fan-Artikeln und Devotionalien, so dass von einer Art „Binnenfinanzierung“ gesprochen werden kann. Ihre Eigentümer treten häufig auch als Sponsoren für rechtsextreme Zeitschriften, Bücher, Medienprojekte oder Hilfsfonds auf. Gerade die rechtsextremistische Presse ist hierauf angewiesen, da sie vom Anzeigengeschäft und den Abonnementgebühren allein nicht lebensfähig wäre.

# Verantwortung für höchstmögliches Maß an Sicherheit

## Innenministerkonferenz

Der ständige Bedarf einer länderübergreifenden Zusammenarbeit in vielen innenpolitischen Angelegenheiten hat 1954 zur Gründung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren – kurz IMK – geführt.

Die Innenminister und -senatoren treffen sich jedes Jahr zu einer Frühjahrs- und einer Herbstkonferenz. Der Bundesminister des Innern nimmt als ständiger Gast gleichberechtigt – mit Ausnahme des Stimmrechts – an den Sitzungen der IMK teil.

Bei Bedarf werden Sondersitzungen durchgeführt. Vorbereitet werden die Konferenzen durch sechs feste Arbeitskreise.

Ab 2005 bestimmt die alphabetische Reihenfolge der Länder, wer den Vorsitz führt – beginnend bei Baden-Württemberg. Der erste stellvertretende Vorsitzende ist der künftige, der zweite Stellvertreter der vorherige Vorsitzende.

**Ein Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz liegt hinter Ihnen – welche Themen waren Ihnen in dieser Zeit besonders wichtig? Was konnten Sie selbst bewegen?**

Eine modernisierte Sicherheitsarchitektur in Deutschland und ein humaner und liberaler Umgang mit Flüchtlingen waren und bleiben meine wichtigsten Anliegen. Darum werde ich mich auch in Zukunft weiter intensiv kümmern. Auf beiden Feldern hat es Fortschritte gegeben, auch wenn die tagesaktuellen Schlagzeilen lieber die Kontroverse in

**Auf der letzten Innenministerkonferenz (IMK) am 18./19. November in Lübeck forderte Otto Schily für das BKA mehr Kompetenzen – konkret: Es soll in bestimmten Fällen von sich aus Ermittlungen starten können, was ihm bisher verwehrt wurde. Die meisten Länder waren dagegen. Klaus Buß (SPD), Innenminister von Schleswig-Holstein und im Jahr 2004 IMK-Vorsitzender, folgte Schilys Vorstellungen. Vor Beginn der IMK war er noch recht optimistisch, dass eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Dem war jedoch nicht so. Im Gegenteil: Es hieß gar, zwischen Bund und Ländern habe es „gekracht“. Ist das Einstimmigkeitsprinzip bei der IMK in Gefahr? Und was kann man in einem Jahr als IMK-Vorsitzender bewegen? Fragen an Klaus Buß.**

den Vordergrund stellen. Und selbstverständlich gibt es im Kreise von 17 Innenministern aus Bund und Ländern und verschiedenen Parteien nicht immer und zu allem Harmonie und

wirkungsvoll zu neue Aufgaben zu reagieren. Das Ziel ist vollkommen unstrittig. Und deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir auch sehr rasch den richtigen Weg finden, nachdem wir auf der

**dem Tempo vorwärts geht?**

Ich finde es nicht beschämend, wenn das teuerste und technisch aufwändigste Projekt in der Geschichte der Polizei mit Sorgfalt geplant und verwirklicht wird. Denn es soll doch schließlich ohne größere Pannen funktionieren. Nachdem die Dachvereinbarung geschlossen wurde, die die Zusammenarbeit beim Aufbau und Betrieb des Digitalfunks regelt, bin ich zuversichtlich, dass die Dinge jetzt zügig voran gehen. Denn alle wissen ja, dass es ohne Digitalfunk bald nicht mehr weitergeht.

**Welches sind darüber hinaus „IMK-Dauerbrenner“?**

Fragen der Rückführung und des Bleiberechts von Flüchtlingen sind seit Jahren feste Punkte auf der Tagesordnung. Das wird

**Innenminister Klaus Buß im Gespräch mit der Kradstaffel der Landespolizei Schleswig-Holstein vor ihrem Auftritt bei der Polizei-show am 13. November 2004 in der Ostseehalle in Kiel.**

**Foto: IM Schleswig-Holstein**



spontane Einmütigkeit. Aber eins stand in der gesamten Diskussion über die Innere Sicherheit nie im Zweifel: Dass wir eine gemeinsame Verantwortung für ein höchstmögliches Maß an Sicherheit für die Menschen in unserem Lande haben und die Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen müssen, schnell und

Innenministerkonferenz vor kurzem in Lübeck unsere Standpunkte und Argumente klar und deutlich ausgetauscht haben.

**Sie haben sich insbesondere für eine zügige Einführung des Digitalfunks eingesetzt. Woran liegt es, dass es bei diesem leidigen Thema nur in beschämender**

auch in Zukunft so sein, solange auf dieser Welt Krieg und Unterdrückung als Mittel der Politik eingesetzt werden. Wenn man solche Entwicklungen schon nicht verhindern kann, so ist es nach meiner Überzeugung unsere Pflicht, den vielen unschuldigen

Fortsetzung auf Seite 14





gen Menschen, die darunter leiden, nach unseren Möglichkeiten zu helfen. Dabei stehen Bemühungen um eine Rückkehr in das Heimatland im Vordergrund. Wo das nicht möglich ist oder im Einzelfall zu großen Härten führt, werde ich weiterhin für Bleiberechtsregelungen streiten.

**Angesichts des realen Bedrohungsszenarios durch den islamistischen Terrorismus versteht der Bürger wohl kaum das bei der letzten IMK demonstrierte Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern. Wo liegt der eigentliche Streitpunkt?**

Was Sie Kompetenzgerangel nennen, ist für mich die notwendige und, wenn Sie so wollen, auch systemimmanente Debatte in einem föderalen Staat, in dem die Zuständigkeit für die Polizei nun mal bei den Ländern liegt. Damit haben wir seit 45 Jahren gute Erfahrungen gemacht und bislang auch jede bedrohliche Herausforderung für die innere Sicherheit in Deutschland gemeistert. Wenn Bund und Länder die Debatte mit mehr Konzilianz im Ton, weniger Radikalität in den Forderungen und mit Fairness führten, kämen wir auch sehr schnell zu sehr guten Ergebnissen. Das gilt besonders für die Frage, ob das Bundeskriminalamt mehr Kompetenzen im präventiven Kampf gegen den internationalen Terrorismus braucht. Glauben Sie mir, da liegen Bund und Länder überhaupt nicht weit auseinander.

**Als Innenminister Schleswig-Holsteins sind Sie bereit, in der Terrorismusbekämpfung Kompetenzen an das BKA abzugeben. Andere Länder nicht. Kann man bei den unterschiedlichen Länderinteressen überhaupt noch Einstimmigkeit in der IMK erzielen?**

Das Einstimmigkeitsprinzip in der Innenministerkonferenz hat sich bewährt. Es gibt auch keine Alternative. Kein Land und auch nicht der Bund würden doch Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, die gegen ihre ureigenen Interessen und Überzeugungen gerichtet wären. Einstimmigkeit lässt sich nicht verordnen; sie

muss erarbeitet werden. Dazu braucht man bisweilen mehrere Anläufe, aber es ist uns stets gelungen. Auch in dem konkreten Fall wird das nicht anders sein.

**Auf der IMK im Juli 2004 waren sich die Länder einig: In der Terrorismusbekämpfung sollten die Möglichkeiten der Länder übergreifenden Kooperationen ausgeschöpft werden. Damit sollte sich eine Arbeitsgruppe im Bundesinnenministerium befassen. Liegen bereits Ergebnisse vor?**

Sehr konkrete sogar! Das gemeinsame polizeiliche und nachrichtendienstliche Informations- und Analysezentren zur Terrorismusbekämpfung auf Bundesebene unter Beteiligung der Länder steht unmittelbar vor der Umsetzung. BKA, BGS und Zoll richten zurzeit ein Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Schleusungskriminalität (GASS) ein, an dem auch die Länder beteiligt werden sollen. Außerdem laufen die Vorbereitungen für ein gemeinsames Führungs- und Lagezentrum für den Bund und die Küstenländer auf Hochtouren.

**Traditionell bei den IMK-Sitzungen sind die Kamingespräche. Beim letzten waren u. a. auch die Polizeiuniformen Thema. Mit welcher Konsequenz?**

Zur Tradition der Kamingespräche gehört ihre Vertraulichkeit. Aber es ist ja kein Geheimnis, dass der Bund und mehrere Länder, darunter auch Schleswig-Holstein, auf mittlere Sicht und kostenneutral zu blauen Uniformen wechseln.

**Kann die IMK in ihrer jetzigen Form angesichts der innenpolitischen Probleme ihren Aufgaben auf Dauer gerecht werden?**

Ja, weil die Innenminister in ihrem übergeordneten Ziel einig sind. Wir wissen um die Dringlichkeit der Aufgaben. Wir wollen den Konsens und arbeiten deshalb zielstrebig an sachgerechten Lösungen.

*Das Gespräch führte Marion Tetzner*

# Ausgangslage: schwierig wie nie!

**Wie in der Dezember-Ausgabe der DP angekündigt, beschäftigte sich die Große Tarifkommission der GdP (GTK) am 23. November 2004 ausführlich mit der Neugestaltung des Tarifrechts sowie der Tarifrunde 2005.**

Hinsichtlich der Neugestaltung des Tarifrechts haben die GTK-Mitglieder den aktuellen Sachstand bewertet (s. dazu Interview in DP 12/04, S. 12) – Grundlage dafür, dass mit den Mitgliedern in den jeweiligen Landesbezirken und Bezirken weiter diskutiert werden kann. Mit einer abschließenden Bewertung – ob die Neugestaltung des Tarifrechts in Form des „Tarifvertrages öffentlicher Dienst“ gültiges Tarifwerk werden kann – beschließen die Tarifkommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit DGB voraussichtlich Mitte Januar 2005.

Zur Tarifrunde 2005 erörterte die GTK die Ausgangslage. Es

runde sein müsse. Einheitlichkeit bestand allerdings darin, dass es auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes keine Abkopplung von der allgemeinen Tarifentwicklung geben dürfe.

Ungeklärt war zum Zeitpunkt der Sitzung und wird es auch bis zu Beginn der Tarifrunde 2005 bleiben, wer Verhandlungspartner auf Seiten der Arbeitgeber sein wird. Die Neugestaltung wird zurzeit nur mit Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) verhandelt und der Arbeitgeberverband zwischen Bund, Ländern (TdL) und VKA besteht seit Mitte 2003 nicht mehr. Nicht auszuschließen ist daher, dass getrennte Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt werden müssen. Es sei denn, die TdL erklärt sich zu optionaler Zusammenarbeit bereit. D. h. sie würde zur Tarifrunde 2005 ins Boot der übrigen Arbeitgeber zurückkehren.

„Wir treffen erstmals in einer Tarifrunde auf eine zerklüftete Arbeitgeberseite, was die Verhandlungen zusätzlich erschweren wird. Da der Neugestaltungsprozess zurzeit nur mit Bund und VKA verhandelt wird, stehen wir vor der Problematik, dass für unsere Beschäftigten aus den Ländern der neue Tarifvertrag ÖD nicht automatisch gelten würde, wenn er in Kraft gesetzt werden sollte.“

Wir wollen den TVöD auch für die Länder.“

*Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende*

wurde damit gerechnet, dass die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes auch im Tarifbereich weitere Einsparungen einfordern werden sowie verlängerte Arbeitszeiten. Fraglich war, ob der Neugestaltungsprozess nicht Schwerpunkt der nächsten Tarif-

**GTK** – Große Tarifkommission der GdP – setzt sich zusammen aus jeweils zwei Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der Landesbezirke und dem Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP; Vorsitzender ist der GdP-Bundesvorsitzende.

**TPK** – Tarifpolitische Konferenz der GdP – findet im 4-Jahres-Rhythmus statt; befasst sich insbesondere mit tarif-, sozial- und arbeitspolitischen Sachthemen.

**TVöD** – Tarifvertrag öffentlicher Dienst, so soll der neue Tarifvertrag heißen.

### 3. Tarifpolitische Konferenz der GdP:

## In schwierigen Zeiten Antworten finden

**Die 3. Tarifpolitische Konferenz (GTK) in Potsdam (13./14. Dezember 2004) befasste sich insbesondere mit dem Neugestaltungsprozess des Tarifrechts und der anstehenden Tarifrunde 2005 sowie mit flankierenden Sachthemen. Maßgeblich waren Fragen der Bewertung des Neuen Tarifrechts (NTR) sowie die Frage der Kündigung der Lohn- und Vergütungstarifverträge. Aus diesem Grunde waren z. B. viele Vorsitzende der Landesbezirke sowie die in den Ländern für Tarifpolitik zuständigen Kolleginnen und Kollegen anwesend.**



**Während der Diskussion auf der 3. Tarifpolitischen Konferenz: GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, und Dr. Bernd Schulte, Max-Planck-Institut, München**  
Foto: hol

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg eröffnete die 3. Tarifpolitische Konferenz der GdP mit einer Bewertung der politischen Lage und deren Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen.

Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende und im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP u. a. zuständig für Tarifpolitik und die Große Tarifkommission (GTK), wies in ihrer Rede darauf hin, dass es gerade in politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig sei, brisante Themen anzupacken und zu bearbeiten. Dies passiert zurzeit mit der Neugestaltung des Tarifrechts.

Als erster Referent der Veranstaltung erläuterte Dr. Bernd Schulte vom Max-Planck-Institut München die Entwicklung der Sozialversicherungssysteme – auch mit Blick auf Europa.

Dr. Frank Bauer, bisher beim ISO Institut zur Erforschung so-

zialer Chancen, unterrichtete die Anwesenden über Fragen der Arbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Arbeitszeitflexibilisierung sowie Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten.

Kerstin Philipp betonte daran anknüpfend, dass Fragen der Arbeitszeit die Gewerkschaften insbesondere beschäftigen, weil die Arbeitgeber die Tarifverträge gekündigt hätten und Arbeitgeber sowie Wirtschaft in der Arbeitszeitverlängerung das Heil für die Konjunktur sähen – auch wenn es mittlerweile ein paar Einsichtige gebe, die erkennen, dass Arbeitszeitverlängerung keineswegs in allen Betrieben und Branchen oder gar im öffentlichen Dienst nötig oder richtig sei.

Kerstin Philipp äußerte ihre Überzeugung, dass gerade mit dem neuen Tarifrecht so viele Flexibilisierungsmöglichkeiten für den öffentlichen Dienst geschaffen würden, dass eine Arbeitszeitverlängerung nicht notwendig sondern arbeitsmarktpolitisch „sowieso Blödsinn“ sei: Mehr zu arbeiten hieße für andere, arbeitslos zu bleiben. Mit jeder Stunde Arbeitszeitverlängerung bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ließe sich schnell hoch-

# PMR Expo 2004:

## Leitstellenkongress, Kolloquium, Foren und begleitende Fachmesse

Auf der 4. PMR Expo (PMR – PROFESSIONAL MOBILE RADIO) informierten sich vom 19. bis 21. Oktober 2004 im Congress Center in Leipzig (CCL) mehr als 1.000 Führungskräfte, Fachbesucher und -teilnehmer aus den Zielgruppen BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben), ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr), Energiewirtschaft, Industrie und Fachhandel sowie den Kommunen. Inhaltliche Schwerpunkte des Branchen-Treffpunktes: moderne Anwendungs- und Nutzungsbeispiele, Applikationen und Betriebsabläufe sowie Effizienz steigernde Maßnahmen mit Mobilkommunikation, einschließlich Lösungsangebote zur Migration von analog zu digital und neue analoge Produkte.

Angesichts der laufenden Vorbereitungen für das Vergabeverfahren für den Digitalfunk wahrte das Bundesinnenministerium allerdings Zurückhaltung und Neutralität:

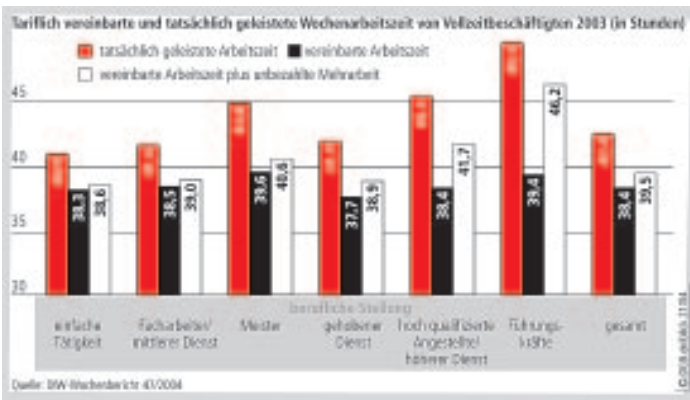
Niemand war bereit, über den „Status quo BOS-Digitalfunk in Deutschland“ zu referieren.

Diesen Part übernahm dann das im Geschäftsführenden Bun-

Fortsetzung auf Seite 17



Jörg Radek fand auf der PMR Expo 2004 deutliche Worte: Deutschland könne sich ein weiteres Tollhaus-Szenario bei der Umstellung vom analogen auf digitalen Funk nicht leisten. Foto: Müller



Nach einer Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) liegt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller ArbeitnehmerInnen bei 42,4 Stunden in der Woche. Die tariflich vereinbarte Arbeitszeit liegt hingegen bei 38,4 Stunden. Der Umgang der geleisteten Mehrarbeit steigt mit der Qualifikation der Beschäftigten. Rund ein Drittel der geleisteten Mehrarbeit werde nicht vergütet, so das DIW. Quelle: DGB einblick

rechnen, wie viele Neueinstellungen damit verhindert oder Stellen abgebaut würden.

Im Anschluss an die TPK fasste die Große Tarifkommission ihre Beschlüsse zur Tarifrunde 2005 (siehe unten) und diskutier-

te die weitere Vorgehensweise. Am 16.12.04 floss die Beschlusslage der GdP in die gemeinsame Beschlusslage aller öD-Gewerkschaften im DGB in Kassel. Das Ergebnis lag bei Redaktionschluss noch nicht vor.

kör

## GTK-Beschluss für Tarifrunde 2005

In der Tarifrunde 2005 steht für die GdP die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TVöD) im Vordergrund, weil dadurch eine generelle Streichung der Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) verhindert wird sowie die derzeit bestehenden Arbeitszeitregelungen erhalten bleiben sollen. Mit der Übernahme des TVöD auch für den Bereich der TdL wird sichergestellt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (öD) nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt die GdP-GTK Bund folgende Strategie:

1. Der bestehende Lohn- und Vergütungstarifvertrag wird von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB nicht zum frühestmöglichen Termin 31.01.2005 gekündigt.

2. Sofern der bestehende Lohn- und Vergütungstarifvertrag zum 31.01.2005 von der Arbeitgeberseite gekündigt wird, treten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes des DGB zunächst nicht in Lohn- und Vergütungsverhandlungen ein.

3. Die GdP verbindet die Neugestaltung des Tarifrechtes (TVöD) – nach abschließend positiver Bewertung durch die GTK-Bund – als Verhandlungsgegenstand der Tarifrunde 2005 mit dem Ziel, den TVöD für den Bereich des gesamten öffentlichen Dienstes in Kraft zu setzen.

4. Die Frage der Kündigung des Lohn- und Vergütungstarifvertrages nach dem 31.01.2005 wird vom Verhalten der Arbeitgeber abhängig gemacht.

EINSTIMMIG beschlossen von der GTK der GdP am 14. Dezember 2004 in Potsdam.



desvorstand der GdP (GBV) für IuK-Technik zuständige Vorstandsmitglied Jörg Radek. In seinem Referat wies er auf die zwingende Notwendigkeit zur Ablösung der analogen Funk-systeme hin und beschrieb die Anforderungen an ein neues di-

male eines digitalen Funk-systems wurde hinterfragt, zumal dieses Papier zwischenzeitlich schon zwei Jahre alt und die technische Entwicklung in den letzten beiden Jahren rasant voran geschritten ist.

Im Zusammenhang mit der

te Termin, bis zur Fußball WM 2006 den BOS-Digitalfunk bundesweit einzusetzen, nicht mehr gehalten werden. Der Planungsstand des Bundesinnenministeriums sehe vor, dass das förmliche Vergabeverfahren zum Jahreswechsel 2004/2005 mit der Er-

perspektive soll der Zuschlag für die Auftragsvergabe bis Mitte 2006 erfolgen können. Die flächendeckende Inbetriebnahme des Gesamtnetzes, der so genannte Roll-out, soll dann in Teilabschnitten vorgenommen werden.

## **Auch Tschechien funkt digital**

**Während in Deutschland nun schon seit über acht Jahren über die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) diskutiert und vieles dabei zerredet wird, haben unsere europäischen Nachbarn gezeigt, wie sie ihre Systeme längst aufgebaut und in Betrieb genommen haben. In DP 6/04 hatten wir über das finnische System VIRVE berichtet. Diesmal ein Blick nach Tschechien:**

1993 begann man dort mit der Suche nach einem Funk-system für die neu gegründete

tschechische Polizei. Nach erfolgter Ausschreibung gab es 40 Bewerber. 1994 wurde entschieden, dass für Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz und Rettungsdienste ein System auf Basis von TETRAPOL zu errichten sei. Der geplante Ausbau scheiterte jedoch zunächst an den notwendigen finanziellen Mitteln. Anlass, erneut darüber zu diskutieren, ob nicht ein GSM-System oder TETRA als Alternative in Frage kommen würde. Letztlich führten diese Diskussionen dazu, dass fünf unabhängige Institute beauftragt wurden, den eingeschlagenen Weg zu bewerten und eine Systemempfehlung abzugeben. Die Experten kamen 1997 zu dem Ergebnis, dass der eingeschlagene Weg richtig und das favorisierte System die meist akzeptierte Sicherheitstechnik für

die Sicherheitskräfte in Tschechien sei.

Ende 1999 wurde der Vertrag über den Aufbau eines landesweiten Systems erneut unterzeichnet. Vorrangiges Ziel war es, das im September 2000 in Prag abgehaltene Gipfeltreffen des Internationalen Währungsfonds zu sichern. Auch während des NATO-Gipfels in Prag am 21./22. November 2002 konnte sich das bis dahin in Betrieb befindliche PEGAS-Netz bewähren.

Am 31.08.2003 wurde die landesweite Einrichtung des PEGAS-Netzes abgeschlossen. Tschechien funkt seitdem in 14 Regionen mit insgesamt 218 Basisstationen und 24.000 Endgeräten digital.

*HMue*

giales Funk-system. Er machte deutlich, dass Deutschland in Europa technisch immer weiter in Rückstand gerate. Dabei kritisierte er auch die lange Entscheidungsfindung seit 1990. Die erheblichen Probleme bei der Umsetzung technischer Großprojekte, wie Toll-Collect, FISCUS, INPOL-neu, HERKULES u. a. waren für ihn ebenso kein Tabuthema. Deutschland könne sich ein weiteres Tollhaus-Szenario bei der Umstellung vom analogen auf digitalen Funk nicht leisten, so Radek.

Auch die Aktualität der im so genannten GAN-Papier beschriebenen Mindestanforderungen an die Leistungsmerk-

Umstellung auf den Digitalfunk seien die hohen Investitionskosten offensichtlich die größten Hürden, die es zu überwinden gäbe. Was allerdings bei der Finanzierungsfrage zu wenig Berücksichtigung finde, sei die Tatsache, dass die Kosten für den analogen Funk in den nächsten Jahren die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb digitaler Funk-systeme erheblich überschreiten werden.

### **Planungsszenario für BOS-Digitalfunk**

Wie Jörg Radek verdeutlichte, könne der durch die Innenminister ursprünglich angestreb-

öffnung des Teilnahmewettbewerbs starten soll.

Im Rahmen dieses Wettbewerbs sollen leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen ausgewählt werden, die am eigentlichen Vergabefahren teilnehmen sollen.

Die Veröffentlichung der Verhandlungsunterlagen solle im 1. Quartal 2005 erfolgen, so dass im Frühjahr 2005 mit den ersten Angeboten aus der Industrie zu rechnen sei. Danach werde es zu diversen Verhandlungsrunden mit den Anbietern kommen, die mit ca. 68 Wochen veranschlagt wurden.

Aufgrund dieser Planungs-

### **Kostenstreit**

Die Entscheidung über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern für das BOS-Funknetz sei jedoch immer noch offen. Ein erneuter Streit darüber werde mit Sicherheit nach Vorlage der Angebote und vor Abschluss des Rahmenabkommens entfallen.

Daher sollten die Verantwortlichen in Bund und Ländern die Zeit bis zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung dazu nutzen, die Finanzierungsfrage bereits im Vorfeld der Auftragsvergabe zu klären, so Jörg Radek eindringlich. Es dürfe keine weitere Blockade durch die Kostenverteilungsdebatte entstehen.

### **Gewerkschaften und Personalvertretungen in Planungsphase einbeziehen**

Die Einführung eines digitalen Funk-systems für die BOS werde auch einhergehen mit umfangreichen organisatorischen Veränderungen. Daher sollten die Gewerkschaften und Personalvertretungen schon jetzt in die Planungsphase eingebunden werden – auch, um mit deren Unterstützung eine zügige Realisierung gewährleistet zu wissen.

Denn die Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Deutschland und der Schutz der eingesetzten Kräfte würden hinsichtlich einer zügigen Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunk-systems für die BOS keinen weiteren Aufschub mehr dulden.

*HMue*

# Bundeswehr kann Polizei nicht ersetzen

Die Unruhen vom März 2004 im Kosovo haben deutlich gemacht, dass weder die Kräfte von KFOR noch der UNMIK-Polizei ausreichend darauf vorbereitet waren, gewalttätigen Ausschreitungen begegnen zu können. Die rein militärische Ausrüstung von KFOR war hierfür genauso ungeeignet wie die grundsätzlich einzeldienst-polizeiliche Organisation der UNMIK-Polizei. Diese Feststellung ist zunächst unabhängig von den jeweiligen Aufgaben und Zuständigkeiten zu treffen, weil sich gezeigt hat, dass im konkreten Fall das tatsächliche Geschehen keine Rücksicht auf die Aufgabenteilung zwischen militärischen und polizeilichen Kräften bzw. deren eigener Organisation und Ausrüstung nimmt.

Die Ausstattung des Bundeswehr-Kontingents von KFOR mit Mitteln zur „Riot Control“ (unfriedliche Aktionen) ist als Notlösung nachzuvollziehen, eine zukunftsweisende Handlungsmaxime ist sie nicht. Zur Bewältigung derartiger Lagen bedarf es geschlossener polizeilicher Einheiten, die hierfür ausgebildet und ausgestattet sind.

**Die Bundeswehr kann bei Auslandseinsätzen die Polizei nicht ersetzen. Diese Feststellung musste nach den jüngsten Entwicklungen im Kosovo noch einmal bekräftigt werden. Ein entsprechendes Grundsatzpapier zur Abgrenzung militärischer und polizeilicher Aufgaben hat der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg Ende November 2004 an die Innen- und Verteidigungspolitik geschickt. Der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Oberst Bernhard Gertz, stimmte dem GdP-Papier in vollem Umfang zu. Im Folgenden Auszüge aus dem GdP-Grundsatzpapier:**

Denn: Der Einsatz bei gewalttätigen demonstrativen Aktionen gehört zu den schwierigsten polizeilichen Lagen, die es gibt. Ihre Bewältigung ist eine polizeiliche und keine militärische Aufgabe.

## Das Problem

Die Ruhe war ebenso oberflächlich wie trügerisch. Die Tatsache, dass trotz des heiklen Verhältnisses der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Kosovo relative Ruhe herrschte, wurde von den Vereinten Nationen ebenso wie von den europäischen Staaten als Fortschritt ge-

wertet – weil man es gerne auch so verstehen wollte. Die Unruhen vom 17. bis 20. März 2004 rissen insoweit die Politiker aus ihren Träumen. Am Ende zählte man 19 Tote, über 4.000 Vertriebene und rund 1.000 zerstörte Häuser.

Es musste also eine Lösung zur Bewältigung derartiger Gewaltausbrüche gefunden werden, und zwar umgehend.

## Die Notlösung

Es ist daran zu erinnern, dass die Vereinten Nationen Mandatsträgerin sowohl für den militärischen, als auch für den po-

lizeilichen Einsatz ist, also die Verantwortung für KFOR wie für UNMIK-Polizei trägt. Also mussten die bisherigen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bzw. Verantwortungsbereiche der militärischen wie polizeilichen Komponente überprüft und verbessert werden. Das ist mit Stand vom November 2004 im Wesentlichen geschehen. So sind die Alarmpläne aktualisiert und angepasst worden. Im Raum Prizren sind inzwischen regelmäßige Gesprächsrunden zwischen der UNMIK-Polizei, dem Kosovo-Police-Service (KPS) und der Bundeswehr eingerichtet.

Schon aufgrund der Kräfteverhältnisse ist die UNMIK-Polizei nicht in der Lage, eine flächendeckende Präsenz aufrecht zu erhalten. Daher gerät die multinationale Brigade in Prizren, die unter italienischem Kommando steht, einschließlich ihres Bundeswehr-Kontingents immer wieder in die Lage, von der Bevölkerung als „Ersatz-Polizei“ in Anspruch genommen zu werden. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass die KFOR Einheiten aufgrund ihrer militärischen Stärke von der Bevölkerung ak-

## Was ein deutscher Polizist mit China zu tun hat

**Was hat ein deutscher Polizist mit China zu tun? Was auf dem ersten Blick weit hergeholt ist, ist bei näherer Betrachtung eine ernste Gefahr für Qualifikation und Bezahlung der Polizei hierzulande. Die Verbindung zwischen China und Deutschland ergibt sich für die Polizei aus den Auslandseinsätzen unter dem Mandat der Vereinten Nationen.**

China ist dabei, sich zu einem gewichtigen Partner der UNO bei Auslandseinsätzen der Polizei zu entwickeln. Mit 125 Polizisten trägt China zur UNO-Friedensmission auf Haiti bei. Das chinesische Kon-

tingent ist besonders zur Eindämmung gewalttätiger Ausschreitungen trainiert. Auf Haiti sind rund 2.000 Sicherheitskräfte im Rahmen einer UNO-Mission unter dem Kommando Brasiliens stationiert.

Schon seit 1996 schickt China Polizisten zu UN-Missionen, so z. B. in den Kosovo und nach Bosnien sowie nach Liberia (Afrika), Ost-Timor und Afghanistan. Die chinesische Zählweise ist der Schlüssel zum Problem aus deutscher Sicht: die insgesamt rund 200 chinesischen Polizisten werden den rund 2.000 chinesischen Soldaten der Volksbefreiungsarmee zugerechnet, die seit 1989 bei Auslandseinsätzen beteiligt waren.

Der Grund ist einfach: Die chinesische Polizei wird als Teil der Volksbefreiungsarmee verstanden, ist also Militär und nicht Polizei.

Das chinesische Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen ist dort hochwillkommen: China, ständiges Mitglied im UN-Weltsicherheitsrat, hat bei der Polizeischule in Langfang (nahe Peking) ein UNO-Polizeiausbildungszentrum aufgebaut. Dort sollen künftig auch Polizisten anderer asiatischer Nationen ausgebildet werden.

Wenn also künftig China sich so stark für Auslandseinsätze der Polizei im Rahmen der UNO engagiert, dann hat China auch Einfluss auf die Polizeiphilo-

sophie bei solchen Einsätzen. So etwas färbt ab: In einem schleichenden Prozess verändert sich das Bild bei gemeinsamen Einsätzen unter UNO-Mandat immer mehr von der Vorstellung einer Polizei als Teil der zivilen Verwaltung hin zu einer an militärischen Strukturen und Grundsätzen orientierten Sicherheitsmacht.

Auf diese Weise droht die Gefahr, dass derlei militär-ähnliche Strukturen Beispielscharakter für ein internationales Polizeibild werden; am Ende kann die Botschaft lauten: Wozu müssen wir uns eine hohe Qualifikation und teure Bezahlung einer zivilen Polizei leisten, wenn es Militärstrukturen wie in Asien und Afrika auch tun?

W. D.

zeptiert sind, während UNMIK und somit auch ihre Polizei als Hindernis auf dem Weg zur Selbstbestimmung besonders des albanischen Bevölkerungsteils betrachtet werden.

Nach deutschem Verständnis wäre es Aufgabe der Polizei gewesen, den Gewalttätigkeiten in Prizren entgegen zu treten. Hierzu war jedoch die UNMIK-Polizei schon rein zahlenmäßig nicht in der Lage. Sie verfügt zwar über acht geschlossene Einheiten, die jedoch den deutschen Vorstellungen nicht entsprechen. Also musste das Bundeswehr-Kontingent tätig werden – und dies ohne entsprechende Ausrüstung und Ausbildung.

Die Erfahrungen zeigen, dass besonders organisatorische Konsequenzen im Rahmen multinationaler Kontingente unter UNOMandat wegen des hohen Abstimmungsbedarfs viel Zeit benötigen. Währenddessen muss aber so gut wie möglich sichergestellt sein, dass sich Vorfälle wie vom März 2004 nicht wiederholen.

Also hat sich Verteidigungsminister Dr. Peter Struck im Sommer 2004 entschieden, dem Bundeswehr-Kontingent eine „polizeiliche Komponente“ hinzuzufügen. Die Bundeswehr Ein-



**Bei schweren Unruhen in der serbischen Provinz Kosovo sind am 17. März 2004 19 Menschen getötet worden. Weder die Kräfte von KFOR noch von der UNMIK-Polizei waren ausreichend darauf vorbereitet, gewalttätigen Ausschreitungen begegnen zu können.**

Foto: dpa

heiten wurden ausgerüstet mit

- Schutzschilden,
- Räum- und Abdrängstab,
- Körperschutzausstattung,
- Distanzmitteln,
- Reizstoffen.

Diese Ausstattungsgegenstände wurden vom Bundesgrenzschutz zur Verfügung gestellt. Die Soldatinnen und Soldaten wurden kurzfristig für den Einsatz gegen gewalttätige Störer ausgebildet.

Dies ist eine Notlösung, die vor dem Hintergrund des Geschehenen und in Anbetracht der Dringlichkeit, einer Wiederholung vorzubeugen, nachvollziehbar ist. Eine zukunftsweisende Handlungsmaxime ist sie nicht.

### **Militär und Polizei: Verschieden oder gleich?**

In Deutschland wird nicht zuletzt als Konsequenz aus dem national-sozialistischen Unrechtsregime klar zwischen Militär und Polizei unterschieden. Aus demselben Grund liegt die grundsätzliche Verantwortung für die Polizei bei den Ländern. In Europa gilt – vereinfacht ausgedrückt – ein Nord-Süd-Gefälle. Während die Länder im Norden Europas ähnlich wie in Deutschland sorgfältig darauf bedacht sind, die Polizei als Teil der zivilen Verwaltung vom Militär abzugrenzen, sind im Süden Europas die Unterschiede weit weniger ausgeprägt. Rund um die Welt reicht das Spektrum von Verhältnissen, die denen hierzulande sehr ähnlich sind, bis zur praktischen Gleichsetzung von Polizei und Militär. Das ist weiter nicht verwunderlich:

## **Das Gendarmerie-Modell der EU**

**Die EU-Verteidigungsminister haben sich am 17. September 2004 in Noordwijk (Niederlande) auf die Einrichtung einer europäischen Gendarmerie geeinigt. Die „European Gendarmerie Force (EGF)“ soll eine Gesamtstärke von 3.000 Mann erreichen, ihr Hauptquartier im norditalienischen Vicenza haben und für in internationalen Krisengebieten eingesetzt werden (DP 11/04 berichtete).**

Bezeichnend ist, dass nicht mehr differenziert wurde zwischen militärischer und ziviler Krisenbewältigung. Genau dies war jedoch bisher die gültige Politik der EU. Sie verfügt

bereits über eine militärische wie über eine polizeiliche Komponente zur Krisenbewältigung.

Nunmehr soll also eine dritte paramilitärische Komponente notwendig werden, womit eine Entsprechung an das 3-Phasen-Modell der Vereinten Nationen erreicht wird.

Der Vorschlag verwundert nicht, wenn man die Urheberin kennt: die französische Verteidigungsministerin Michelle Alliot-Marie. Aufgegriffen wurde die Idee von ihren Amtskollegen aus Italien, Spanien, Portugal und den Niederlanden. Das sind exakt jene Mitgliedsländer der EU, die über Sicherheitskräfte verfügen, die vom Status her Soldaten sind, aber im Wesentlichen polizeiliche

Aufgaben wahrnehmen. Sie sind neben der zivilen Polizei tätig.

Historisch betrachtet ist dieses duale System ein Erbe Napoleons: Er errichtete als Gegengewicht zu den Sicherheitskräften der französischen Fürsten eine nur ihm ergebene militärische Einheit für den polizeilichen Einsatz im Landesinnern.

Interessant ist für die jüngste Entwicklung, dass in Belgien im Rahmen der grundlegenden Reform der Sicherheitskräfte die Gendarmerie in der zivilen Polizei aufgegangen ist.

Die Entscheidung der EU-Verteidigungsminister ist umso unverständlicher, als der Rat erst vor vier Jahren, am 19./20. Juni 2000 in Feira (Portugal), den Auf-

bau eines „Polizeilichen Einsatzpotentials der EU für internationales ziviles Krisenmanagement“ beschlossen hatte, das auf der Polizeikonferenz vom 10. Mai 2001 konkretisiert wurde. Folgerichtig wäre es gewesen, das Konzept dieses polizeilichen Einsatzpotentials daraufhin zu überprüfen, ob es in Hinblick auf Ausbildung und Ausstattung fähig ist, auch Lagen wie bei den März-Unruhen im Kosovo zu begegnen.

Pikant: Frankreich hat für dieses ausdrücklich zivile polizeiliche Krisenmanagement neben Kräften der Police Nationale auch Kräfte der (militärischen) Gendarmerie gemeldet. **W. D.**



Bei einer Vielzahl der 191 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stützen sich die Regierungen auch im Innern ihres Landes auf die Sicherheits- und Ordnungsfunktion ihres Militärs im Sinne geschlossener Einheiten, während die Polizei im Wesentlichen nur einzeldienstliche Aufgaben wahrnimmt. Hinzu kommt, dass besonders auf der Führungsebene der Polizei militärisch ausgebildetes Personal den Ton angibt. Entsprechend sind Organisation, Struktur und Ausbildung an militärischen Vorbildern ausgerichtet.

Daher kann es nicht verwundern, dass bei den Vereinten Nationen ein 3-Phasen-Modell zur Krisenbewältigung gilt:

1. Militärische Intervention
2. Paramilitärische Präsenz (Gendarmerie)
3. Ziviler Polizeieinsatz

Begründet wird dies damit, dass die Polizei für die Phase

zwei (Übergang von Frieden erzwingenden zu Frieden bewahrenden Maßnahmen) weder ausgebildet noch ausgerüstet und bewaffnet ist. Hinzu kommt, dass nach dieser Philosophie die betroffene Bevölkerung auch nichts anderes erwartet als einen „robusten Einsatz“. Hierzu sei eine paramilitärische Einheit, wie z. B. Gendarmerie, besser geeignet als eine zivile Polizei, die nicht ernst genommen würde.

### Die Lösung

Die zukunftssträchtige Lösung: Aufbau und Vorhalten geschlossener polizeilicher Einheiten im Rahmen internationaler Einsätze – und zwar unabhängig von der Mandatsträgerschaft.

Dieses Modell hat folgende Vorteile:

- Es berücksichtigt einerseits die unterschiedlichen Be-

rufsbilder und somit die verschiedenen Philosophien, Ausbildungen und Ausstattungen.

- Es bietet andererseits genau deswegen die Gewähr für einen professionellen Umgang mit gewaltgeneigten/gewalttätigen Störern.

Zwingende Voraussetzung ist eine qualifizierte polizeiliche Ausbildung. Sie ist Grundlage für die fachliche Fortbildung in geschlossenen Einheiten zur Bewältigung der beschriebenen Lagen.

Weiter müssen die Voraussetzungen für eine sachgerechte Führung dieser Einheiten gegeben sein. Hierzu gehören:

- Lagezentrum,
- Führungsstab,
- Führungsraum.

Der Einsatz bei Demonstrationen mit ganz oder teilweise unfriedlichem Verlauf verlangt nach mehr als der beschriebenen

Ausstattung und einer Unterweisung in deren Gebrauch. Es geht um mehr:

- Gewährleistung des Demonstrationsrechts,
- Fähigkeit zur Kommunikation/Deeskalation,
- entschiedenes Einschreiten gegen Gewalttäter/gewalttätige Gruppen,
- differenziertes Einschreiten zur Trennung rivalisierender Gruppen (unter Beachtung der „Rules of Engagement“/Leitlinien der EU),
- Festnahme von Tatverdächtigen,
- gerichtsbeste Beweissicherung.

Der Einsatz bei gewalttätigen demonstrativen Aktionen gehört zu den schwierigsten polizeilichen Lagen, die es gibt. Ihre Bewältigung ist eine polizeiliche und keine militärische Aufgabe.

**W. D.**

# Schleierfahndung vor dem Aus?

## Zum Vorschlag der EU-Kommission

---

### Zur Erinnerung

Mit Ratifizierung des Schengen-Übereinkommens in den Mitgliedsländern der EU (ausgenommen Großbritannien) hinsichtlich des Wegfalls der EU-Binnengrenzen entfielen die Personenkontrollen in grenzüberschreitendem Verkehr zwischen diesen Mitgliedsländern. Als Ausgleichsmaßnahme führten der Bund und einige Bundesländer die so genannte „Schleierfahndung“ ein, d. h. die Polizei kann im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km sowie auf Durchgangsstraßen (Bundesautobahnen, Europastraßen und anderen Straßen von erheblicher Bedeutung für den grenzüber-

**Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung des Rates über den Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen bringt die Bundesdeutsche Polizeiaufgabengesetzgebung ins Wanken. In einem Brandbrief machte der Bayerische Innenminister Dr. Günter Beckstein seine Kollegen im BMI auf die nach seiner Auffassung bedrohliche Entwicklung auf europäischer Ebene aufmerksam und forderte Bundesinnenminister Schily auf, entsprechende Gegenvorschläge zu machen.**

schreitenden Verkehr) sowie in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs zur Verhütung oder Unterbindung der unerlaubten Überschreitung der Landesgrenzen oder des unerlaubten Aufenthalts zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die Identität einer Person feststellen.

Im Zusammenhang mit dem Verordnungsentwurf sind nun folgende Fragen aufgetreten:

- Ob hierdurch der in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten „Schleierfahndung“ die Rechtsgrundlage entzogen wird und
- ob hierdurch die bisher ge-

gebenen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, Grenzkontrollen zeitlich befristet eigenverantwortlich wieder aufzunehmen, faktisch abgeschafft werden?

---

### Stein des Anstoßes

Hintergrund für den jetzigen Verordnungsentwurf der Kommission ist die Sitzung des Rates von Thessaloniki (19./20. Juni 2003), wo die Kommission aufgefordert wurde, so rasch wie möglich Vorschläge für die Neufassung des bisherigen gemeinsamen Handbuchs zu erarbeiten. Damit sollte aus dem im Wesentlichen unverbindlichen Handbuch ein verbindlicher Katalog gemacht und das Grenzregime in

## FAHNDUNG

allen Mitgliedstaaten einheitlich geregelt werden.

Stein des Anstoßes sind im Wesentlichen die Art. 18 und 19 des Entwurfs der Verordnung. Daraus ergibt sich, dass das Überschreiten einer Binnengrenze per se nicht Anlass für Kontrollen oder Formalitäten sein darf und grundsätzlich jede Person an jeder Stelle ungehindert die Binnengrenze über-

### Schleierfahndung:

Bei diesem Instrument der Verbrechensbekämpfung können Polizeibeamte in Grenznähe und auf Durchgangsrouten Personenkontrollen durchführen, auch wenn kein Verdacht auf eine Straftat vorliegt. Bayern führte die Schleierfahndung 1995 ein – nach der Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EU.

Die Schleierfahndung wird in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, da jedes Land sein eigenes Polizeirecht hat. In Baden-Württemberg z. B. gibt es keine Beanstandungen durch die EU. Dort ist die Schleierfahndung im gesamten Bundesland zulässig und damit handelt es sich aus EU-Sicht auch nicht um verdeckte Grenzkontrollen. In Bayern dagegen kann man die Fahndungsmethode nicht auf das ganze Bundesland ausdehnen, weil der Bayerische Verfassungsgerichtshof dies untersagt hat.

schreiten darf. Jede systematische oder stichprobenmäßige Kontrolle, die ausschließlich aufgrund des Überschreitens einer Binnengrenze durchgeführt wird, ist demnach unvereinbar mit dem Konzept eines Raumes ohne Grenzen und daher nicht zulässig.



**Schleierfahndung 2002: Mit Drogenhund wurden anlässlich der in München stattfindenden Sicherheitskonferenz verdächtige Fahrzeuge bereits rund 150 km vor München kontrolliert.** Foto: dpa

Art. 19 erläutert dann aber, dass Personenkontrollen im Rahmen der Ausübung der allgemeinen Polizeibefugnisse im gesamten Hoheitsgebiet zulässig sind. Folglich sind auch in diesem Rahmen im Grenzgebiet durchgeführte Kontrollen ebenfalls vereinbar mit dem Recht, die Binnengrenzen unkontrolliert zu überschreiten.

### Fazit

Alle in der BRD geltenden Rechtsgrundlagen für die „Schleierfahndung“ sind mit dem vorliegenden Entwurf nicht zu vereinbaren, wenn sie sich auf den grenznahen Raum (30 km Tiefe) bzw. die internationalen Durchgangsstraßen beschränken und damit im unmittelbaren Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Verkehr stehen.

Fahndungsmaßnahmen der Art zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität, der organisierten Kriminalität, auch der Bekämpfung international agierender Banden sind demnach im gesamten Staatsgebiet zulässig

und können im Rahmen der Polizeihohheit der einzelnen Mitgliedsstaaten rechtlich angeordnet werden, wenn ihr Ziel nicht ausschließlich in grenzüberschreitendem Verkehr zu suchen ist.

### Anmerkung

Im Zusammenhang mit der damaligen Einführung der „Schleierfahndung“ und der Änderung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof diese Gesetzespassage als verfassungskonform betrachtet, wenn sie sich als Ausgleichsmaßnahme für den Wegfall der Personenkontrolle an den Binnengrenzen auf den grenznahen Raum und den internationalen Durchgangsstraßen beschränkt. Eine Ausdehnung auf das gesamte Staatsgebiet – in Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Verkehr – wäre dagegen nicht zulässig. Dabei muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof sich ausschließlich mit der

Frage der Ausgleichsmaßnahme im grenzüberschreitenden Verkehr beschäftigt hat.

### Bewertung

Der Verordnungsentwurf der Kommission erscheint vor dem Hintergrund der Schaffung eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts mit Freizügigkeit und dem Wegfall der Binnengrenzen als durchaus logisch. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch eine Personenkontrolle im Zusammenhang mit der Grenzüberschreitung 20 km hinter der Grenze als Grenzkontrolle verstanden werden muss.

Dementsprechend muss die Problematik, die auch vom

Laut Bayerns Innenminister Beckstein werden im Rahmen der verdachtsunabhängigen Kontrollen in grenznahen Gebieten jedes Jahr mehr als 10.000 Personen festgenommen, darunter Drogenhändler, Waffenschmuggler und Autodiebe.

bayerischen Innenminister an den Bundesinnenminister übermittelt wurde, als nationales Problem gesehen werden, das mit einer Veränderung der Rechtsgrundlage in den Polizeiaufgabengesetzen der Länder und des Bundes beseitigt werden könnte.

Letztendlich muss wiederholt auf das Fehlen eines bundeseinheitlichen Polizeiaufgabengesetzes hingewiesen werden, mit dessen Existenz und der Rechtsgrundlage auf einen Fahndungsraum, der die gesamte Bundesrepublik umfasst, die Problematik hätte vermieden werden können. Eine jahrelange Forderung der Gewerkschaft der Polizei hat damit eine neue Aktualität erhalten.

HK



## **Anhörung zu Fragen der Inneren Sicherheit im EU-Parlament:**

# **EuroCOP legt den Finger in die Wunde**

**15 EU-Parlamentarier der interfraktionellen Gruppe „Innere Sicherheit“ im Europäischen Parlament (EP) lauschten am 18. November 2004 gebannt den Ausführungen des EuroCOP-Präsidenten Heinz Kiefer, „EuroCOP legt den Finger in die Wunde“, so das Fazit von Bill Newton Dunn (Mitglied des EU-Parlaments), der die Anhörung im Parlament in Straßburg organisiert hatte.**

neuen Maßnahmen besteht lediglich eine Konsultationspflicht, d. h. die Meinung des Parlaments muss eingeholt werden, bevor ein Beschluss des Rates der Mitgliedsstaaten formell in Kraft treten kann. Mehr aber auch nicht. Das wird sich jedoch spätestens mit der Ratifizierung der EU-Verfassung in allen Mitgliedsstaaten ändern. Dann bekommt das EU-Parlament ein echtes Mitspracherecht auch im Bereich Justiz und Inneres. „Für EuroCOP werden sich damit zusätzliche Möglichkeiten ergeben, Entscheidungen in Brüssel zu beeinflussen“, so Heinz Kiefer:



Das Europaparlament in Straßburg

Foto: dpa

Auch die übrigen Parlamentarier aus allen Fraktionen zeigten sich angesichts der klar benannten Missstände bei der Zusammenarbeit mit Europol und der schleppenden Umsetzung von wichtigen Beschlüssen – wie z. B. dem Europäischen Haftbefehl durch die EU-Mitgliedsstaaten – alarmiert. Allerdings fehlen dem EU-Parlament bisher die Möglichkeiten, starken Druck auf die Mitgliedsstaaten auszuüben – im Bereich Justiz und Inneres sind die Mitspracherechte des Parlaments nach wie vor begrenzt: Bei

„Während die deutsche Bundesregierung im Rat der Justiz- und Innenminister verhindern kann, dass der Widerspruch zwischen wachsenden Aufgaben für die Polizei einerseits und den massiven Personaleinsparungen andererseits überhaupt zur Sprache kommt, wird das im Parlament kaum möglich sein.“

Eine weitere Anhörung von EuroCOP im EU-Parlament, dann im Ausschuss für Menschenrechte, Justiz und Inneres, ist für 2005 bereits geplant.

**JV**



# Besuch bei der EU in Brüssel

## Probleme vor Ort

Bei unserem ersten Besuch in Mazedonien wurde sichtbar, dass vor Ort mehrere Projekte der EU teilweise parallel und überschneidend in Angriff genommen werden. Aus unserer Sicht muss es darum gehen, Schnittstellenprobleme des internationalen Engagements aufzuzeigen. Die verschiedenen internationalen und auch europäischen Projekte, u. a. zur Unterstützung der Reform der Polizei in Mazedonien, müssen unter Berücksichtigung eines effektiveren Einsatzes von Ressourcen zweckmäßig abgestimmt werden. Diese Abstimmung kann nach unserer Auffassung nur in Brüssel erfolgen. Wir hatten angekündigt, uns darum zu kümmern.

## Besuch in Brüssel ermühtend

Wer Brüssel besucht, erlebt eine pulsierende Verwaltungsstadt. Bürogebäude schießen wie Pilze aus dem Boden. Überall wird gebaut, und die Stadt gleicht einem großen Ameisenhaufen. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die EU-Erweiterung die größte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Europas ist. Und Brüssel selbst ist die erste Stadt, die davon richtig profitiert.

## Landesvertretung Brandenburg

Unsere erste Kontaktadresse war die Landesvertretung Brandenburg. Klein, aber fein, befindet diese sich in einer Nebenstraße Brüssels. Sie kann sich natürlich nicht mit dem architektonischen Meisterwerk der Landesvertretung Bayerns (Kosten 30 Mio. Euro) in unmittelbarer Nähe des Europaparlaments vergleichen. Offensichtlich und zu Recht sind die Bayern der Auffassung, dass jeder Euro Investition in Brüssel sich doppelt und dreifach für das eigene Land lohnt.

*In DP 10/04 im Bundesteil habe ich ausführlich darüber berichtet, dass ich in Funktion des stellv. P-HPR Vorsitzenden die Möglichkeit hatte, ein Polizei-reformprojekt in Mazedonien zu begleiten. Dabei soll die Brandenburger Polizeistruktur in die Reformbemühungen von Mazedonien mit dem Ziel einer Aufnahme in die EU einbezogen werden. Schwerpunkt aus meiner Sicht ist dabei eine Reform der Mazedonier selbst, die wir Deutschen nur fachlich begleiten sollten, um ihnen den Weg zu Beitrittsverhandlungen zu erleichtern.*

Das neue und erweiterte Europa ist überwiegend noch nicht in den Köpfen unserer Brandenburger Politiker angekommen. Man spricht zwar viel von Europa; tut aber wenig. Andere (und nicht nur Bayern) betreiben eine ganz aktive Lobbyarbeit, um von diesem neuen erweiterten Europa zu profitieren. Ich bin gespannt, welche neue Rolle die Europapolitik in Brandenburg nach den Landtagswahlen spielen wird.

## Mazedonien ist weit weg von Brüssel

Kommen wir zum eigentlichen Problem zurück. Wir führten zahlreiche Gespräche mit dem Ziel, die Aktivitäten in Mazedonien z. B. durch einen EU-Koordinator für Mazedonien zusammenzuführen. Solche Überlegungen werden in Brüssel jedoch nicht einmal im Ansatz angestellt. Brüssel legt Normen und Standards fest, beschließt Projekte und die dazugehörigen erheblichen finanziellen Mittel. Der Rest muss irgendwo und irgendwie vor Ort erledigt werden. Mit dem berühmten Kleinklein der operativen Umsetzung beschäftigt man sich eher nicht. Verschärft wird dieses noch durch Kompetenzgerangel innerhalb des so genannten 3 Säulen-Modells der EU. Da gibt es den Europarat, das Europaparlament und den Ausschuss für Inneres und Justiz. Jeder arbeitet, jeder entwickelt, jeder beschließt. Und jeder hält seine Arbeit für richtig und notwendig. Eine Ab-

stimmung untereinander findet in Brüssel kaum statt.

## Fazit:

1. Wir haben Ansprechpartner – zumindest für Brandenburg – in Brüssel gewonnen.
2. Unsere Politiker müssen begreifen, dass die Landesvertretung in Brüssel mehr ist als eine Informationssammel- und

Als Ergebnis bleibt für mich festzuhalten, dass, soll dieses Brandenburger Projekt in Mazedonien nicht im Sande verlaufen, es gelingen muss, alle mit Sicherheitsfragen befassten EU-Projekte in Mazedonien sinnvoll zusammenzuführen.

Ein erster Schritt dazu wird bei unserer nächsten Reise nach Mazedonien erfolgen: Dort wollen wir versuchen, die Leiter aller mit Sicherheitsfragen betrauten Projekte zusammenzuführen.

## Trauerspiel

Am zweiten Tag hatten wir die Möglichkeit, einer Sitzung des Ausschusses für bürgerrechtliche Freiheiten, Justiz und Inneres beizuwohnen. Das Thema war hoch interessant. Ging es doch um die Stellungnahme zu einem Entwurf einer Verfassung für Europa. Der Berichterstatte zu dieser Stel-



*Viele EU-Projekte in Mazedonien laufen uneffektiv nebeneinander. Die Koordinierung kann nur in Brüssel erfolgen.*

Foto: ddp

Auswertungsbehörde und zudem viel mehr leisten kann als evtl. Dienstreisen vorzubereiten.

3. Probleme werden in Brüssel nicht gelöst, sondern geschaffen. Problemlösungen können nur vor Ort erfolgen.

4. Wer die EU (aus)nutzen will, der muss sich engagieren.

5. Ich möchte persönlich gern ein Schwarzbuch zur Verschwendung von EU-Steuergeldern lesen. Aber vielleicht sollte es besser niemand schreiben.

lungnahme war nach 10 Minuten mit seinen Ausführungen fertig. Ich habe es für mich so umschrieben: Allgemein, Allgemeiner, am Allgemeinsten. Anschließend fühlten sich die Fraktionen noch gemüßigt, dieses Werk in seiner Bedeutung hervorzuheben. Aber vielleicht war es auch nur eine hilflose Aktion des Ausschusses, in diesem 3 Säulenmodell aufzuzeigen, dass er an sich kaum eine Bedeutung hat.

Andreas Schuster



# **EMS – Einsatzmehrzweckstock bei der Bereitschaftspolizei**

Kobudo ist eine historische Kampfkunst mit Waffen. Sie hat ihren Ursprung in Okinawa. Da der Landbevölkerung dort ab dem 14. Jahrhundert untersagt war, Waffen zu tragen, entwickelten sie im Laufe von Generationen die Fähigkeit, Gegenstände des täglichen Lebens als Waffen zu gebrauchen. Im Notfall wurde ein harmloser Holzstab zu einer tödlichen Bedrohung für Räuber wie für japanische Besatzungssoldaten.

Im Bereich des Kobudo gibt es mehr als 30 Waffen. Eine davon ist das Tonfa (Schlagstock mit Seitengriff). Ursprünglich war das Tonfa nur eine Kurbel zum Drehen eines Mühlsteins. Es ist wahrscheinlich, dass die Ent-

wicklung des Tonfa als Selbstverteidigungswaffe in China seinen Anfang nahm und vom okinawaischen Meister Higa Matsu nach Okinawa eingeführt wurde. Heute gehört das Tonfa zur Standardausrüstung von Polizei und Grenzschutz.

Das Tonfa bietet einen wirkungsvollen Schutz z. B. gegen Angreifer mit Schlagwaffen. Neben Abwehr und Entwaffnungstechniken sind dem Geübten mit dem Tonfa auch so genannte Festleger kein Problem.

Die Verwendung erfolgt traditionell paarweise, in der modernen Tonfa-Selbstverteidigung auch als Einzelwaffe. Das Tonfa, auch genannt MES Mehrzweck-

einsatzstock) oder EMS (Einsatzmehrzweckstock), in Folge nur noch EMS genannt, wird meist als Defensiv-Waffe zur Verteidigung eingesetzt, kann aber auch als Offensiv-Waffe gebraucht werden.

Das Tonfa, das von der Polizei zunächst als „Räum- und Abdrängstock“, später dann als „Rettungsmehrzweckstock“ bezeichnet wurde, lässt sich vielfältigst anwenden und benötigt immer eine geringe Distanz zum Schlagobjekt. Damit hat es gegenüber den früheren, langen Schlagstöcken, neben der Anwendung mit verschiedenen, schmerzhaften Grifftechniken den Vorteil, dass es den Eindruck einer „Prügelpolizei“ vermeidet.

Einsatzmöglichkeiten des EMS sind u. a. Schlag- und Stoßtechniken, Löse- und Entwaffnungstechniken, Hebeltechniken und Pressgriffe sowie Kombinationen gegen unterschiedlichste Angriffsarten.

Die vielfältige Einsatzmöglichkeiten, aber auch die von dem EMS ausgehenden Gefahren für den Nutzer und den von einer polizeilichen Maßnahme Betroffenen erfordern eine gute und kontinuierliche Ausbildung in der Handhabung und dem verantwortlichen Umgang mit einer Waffe von hoher Qualität.

Wie die Tabelle zeigt, ist die Ausrüstung unserer Polizei, speziell den geschlossenen Einhei-

## Aufwendig in der Beschulung, wirksam im Einsatz – Unterschiedliche Sachstände bei den Bundesländern

| Bundesland                         | Art der Ausstattung |           | PED       | Form der Ausstattung |            | Grundlehrgang                     | Fortbildung                                  | Form der Ausbildung  |
|------------------------------------|---------------------|-----------|-----------|----------------------|------------|-----------------------------------|--|--|
|                                    | Bepo (X)            |           |           | Bund                 | Land       |                                   |  |  |
|                                    | ESB                 | BFE       |           |                      |            |                                   |  |  |
| <b>Baden-Württemberg</b>           | Schlagst.           | EMS       | Schlagst. | BFE                  | nein       | 20 UE m. Prüf.                    | 8 UE / Monat                                 | Durch Bepo   |
| <b>Bayern</b>                      | Tonfa               | EMS       | Tonfa     | ESB                  | USK (BFE)  | 12 Std.                           | 4 Std./Monat (Pflicht)                       | LPS, Weiterbildung<br>Durch LPS                                |
| <b>Berlin</b>                      | Schlagst.           | Schlagst. | EMS(6)    | nein                 | BFE<br>ESB | 5 Tage                            | 10 DoppelStd./Jahr                           | PED durch LPS Train.   |
| <b>Brandenburg</b>                 | Schlagst.           | EMS       | Schlagst. | BFE                  | ESB        | 40 Std. m. Prüf.                  | 6 Std. / Quartal                             | Durch Ausbilder BFE  |
| <b>Bremen</b>                      | Schl./MES           | MES       | Schlagst. | BFE                  | ESB        | 20 Std. m. Prüf.                  | 20 Std. / Jahr                               | Durch Bepo   |
| <b>Bundesgrenzschutz</b>           | EMS (10)            | BFE       |           | ja                   |            | 30 Std. m. Prüf.                  | 2 Std./Monat                                 | Einsatztrainer EMS   |
| <b>Hamburg</b>                     | EMS                 | EMS       | Schlagst. | nein                 | BFE<br>ESB | 24 Std. m. Prüf.                  | 45 Min./3 Monate                             | Durch LPS, Weiter-<br>bildung b. d. Bepo                       |
| <b>Hessen</b>                      | Schlagst.           | MES       | Schlagst. | nein                 | BFE        | 5 Tage                            | 1x / Quartal                                 | Durch Bepo   |
| <b>Mecklenburg-<br/>Vorpommern</b> | MES                 | MES       | MES (13)  | BFE                  | ESB        | 40 UE m. Prüf.                    | 10 UE/Jahr                                   | Bepo selbst bzw.<br>Direktionen                                |
| <b>Niedersachsen</b>               | EMS(1)<br>RRB(3)    | EMS       | EMS(2)    | BFE                  | ESB        | 35 Std.                           | 4 Std./Monat (Pflicht)                       | Durch Instruktoren<br>bei der Bepo mit<br>5-tägiger Ausbildung |
| <b>Nordrhein-Westfalen</b>         | Schlagst.           | EMS       | Schlagst. | BFE                  | ESB        | 24 Std. (11)                      | 3 Std./Monat (Pflicht)(12)                   | Durch IF-Trainer Bepo  |
| <b>Rheinland-Pfalz</b>             | Schlagst.           | EMS       | EMS(7)    | BFE                  | nein       | 20 UE (8)                         | 4 Std./Monat (9)                             | Stocktrainer d. BFEen  |
| <b>Saarland</b>                    | EMS                 | EMS       | EMS(5)    | BFE                  | ESB        | 40 Std.                           | 10 Std./Jahr                                 | Einsatztrainer d. Bepo   |
| <b>Sachsen</b>                     | EMS                 | EMS       | EMS       | BFE                  | ESB        | 25 UE m. Prüf.                    | Mind. 1 x / Jahr                             | Bepo / LPS   |
| <b>Sachsen-Anhalt</b>              | Schlagst.           | EMS       | Schlagst. | BFE                  | nein       | 32 Stunden                        | 4 Std./Monat (Pflicht)                       | Durch Bepo   |
| <b>Schleswig-Holstein (4)</b>      | EMS                 | EMS       | EMS       | BFE                  | ESB        | 20 Std. (noch<br>a. freiw. Basis) | 6 Std./Jahr (zur Erhalt<br>der Berechtigung) | Durch PD für Aus- und<br>Fortbildung u. Bepo                   |
| <b>Thüringen</b>                   | Schlagst. (13)      | MES       | Schlagst. | BFE                  | ESB        | 40 UE m. Prüf.                    | 6 UE / Quartal                               | Ausbilder MES i. den<br>jew. Behörden/<br>Einrichtungen        |

Generell gilt für die ESB, dass diejenigen, die über keinen Lehrgang verfügen, nur den Schlagstock kurz führen dürfen.

(X) Zusätzlich z. Schlagstock kommt noch der Räum- und Abdrängstock (Schlagstock lang) Dieser ist auch im PED für besondere Lagen vorhanden

(1) Tragen des EMS nur im geschlossenen Einsatz, nicht im PED

(2) Auf Züge der Leo Leine als Mannaustattung unter selben Bedingungen wie alle anderen Kräfte des Landes

(3) Geplant für den Einsatz im PED als Ersatz für den Schlagstock. Hu´s erhalten nur gewisses Kontingent

(4) Jeder PVB mit Tragebefähigung darf den EMS führen

(5) SE-Hu=Einzeliensth.

(6) Ausschließlich operative Kräfte (meißt in Zivil) von S und K

(7) Ausschließlich Kräfte der MEG's

(8) Ausbildung ist Bestandteil des BFE-Grundlehrgangs

(9) Zusätzliches Intensivtraining 8 Std. zusammenhängend / Jahr

(10) Nicht alle Kräfte

(11) 8 Blöcke in 1 Monat. 1 Block besteht aus 2x90 Min. = 3 Std.

(12) 2 Blöcke in 1 Monat. 1 Block a. 90 Min.

(13) Alle Koll. die die Ausbildung besitzen führen MES

ten, sowie die Ausbildung am Gerät z. T. sehr unterschiedlich gelagert.

Einheitlich unstrittig ist eine erforderliche abzuleistende Grundausbildung am EMS zum Erwerb einer entsprechenden Trageberechtigung und die Fortbildung im Laufe eines jeden Jahres.

Man hat also durchgängig erkannt, welche Bedeutung und auch Gefahr von einer Waffe dieser Couleur ausgeht, weiß aber auch ihren Nutzen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch unsere Sicherungskräfte zu schätzen.

Strittig ist bei einigen wenigen Bundesländern allerdings noch die Beschaffung an sich für die Einsatzsachbearbeiter (ESB) ihrer Bepos. Wo sich diese Frage

durchgängig bei den Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten (BFE) (bis auf Berlin) nicht stellt, ist aus Sicht einzelner Länder offensichtlich keine Erforderlichkeit zur Beschaffung für den „normalen“ ESB gegeben; Dies obwohl einhellig bundesweit nur positive Erfahrungen mit dem EMS gemeldet werden!

Der Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei wird diese Problematik innerhalb seiner Arbeit.

**Achim Oehling, Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

**Berlin: In der Ausbildung: Training zum sicheren Umgang mit dem Mehrzweckstock (MS).**

**Foto: ZSE 4 B**



### Legende:

ESB Einsatzsachbearbeiter  
BFE Beweissicherungs- und Festnahmeinheit

MES Mehrzweckstock  
EMS Einsatzmehrzweckstock  
PED Polizeilicher Einzeldienst

SE-Hu Sondereinsatz-Hundert-schaft  
Hu´s Hundertschaften





# Schily fordert mehr Kompetenzen für BKA

In seinem Eröffnungsvortrag beklagte Otto Schily die fehlenden Befugnisse des BKA als „eine Schwäche, die bei der existenziellen Bedrohung durch den Terrorismus nicht länger hinnehmbar ist.“ Es sei nicht nachvollziehbar, so der Bundesinnenminister weiter, dass ein einzelner Länderpolizist mehr Befugnisse zur Gefahrenabwehr beim internationalen Terrorismus besitze als das deutsche Bundeskriminalamt.

Schily verdeutlichte noch einmal, dass er die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei für nicht ausreichend und die föderale Struktur in Teilen für ein Sicherheitsrisiko halte. Nach seiner Ansicht wäre die Umwandlung der eigenständigen Landesämter für Verfassungsschutz in weisungsabhängige Außenstellen des Bundesamtes wünschenswert. Aber er selbst räumt ein, dass dies derzeit gegen den Widerstand der Länder nicht durchsetzbar sei. Abschließend plädierte Schily für eine Indexdatei. Auf diese sollten sowohl Nachrichtendienste als auch Polizeibehörden Zugriff haben. Dort solle abgefragt werden können, welche Behörden Informationen über terrorverdächtige Person gesammelt haben.

## Phänomen „Terrorismus“ noch zu wenig verstanden

Als Gastgeber der Veranstaltung stellte der BKA-Präsident, Jörg Ziercke, in seinem Eröffnungsreferat die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Kampf gegen den Terrorismus auf den Prüfstand: nur auf der Basis des Erfahrungswissens aller Sicherheitsbehörden, gepaart mit wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen, könne es gelingen, wirkungsvolle Prognose- und Handlungsinstrumentarien im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus zu entwickeln. Auf die Dauer könne der terroristischen Bedro-

**Der Bundesinnenminister, Otto Schily, sicherte dem Bundeskriminalamt auf der traditionellen Herbsttagung in Wiesbaden zu, sich für weit reichende präventive Ermittlungsbefugnisse, beschränkt auf die Einsatzfelder islamistischer Terror und internationale Kriminalität einzusetzen. Die Herbsttagung des BKA wurde bereits zum fünfzigsten Male durchgeführt (s. a. Kurz Bericht DP 12/04) und führte auch in diesem Jahr Polizisten, Juristen und Wissenschaftler in einem gemeinsamen Forum zusammen.**

hung nur begegnet werden, wenn es gelinge, deren Ursachen zu beseitigen. Dazu sei ein umfassendes Verstehen des Phänomens „Terrorismus“ erforderlich. Dies sei noch nicht in der ausreichenden Tiefe vorhanden, insbesondere nicht bezüglich des islamistischen fundamentalistischen Terrorismus.

Die Analyse der Ursachen des Phänomens „Islamistischer Terrorismus“ erfordere es u. a., die sozialstrukturellen Bedingungen des Terrorismus als kollektive Bewegung mit den oft nur verdeckt bleibenden individuellen Motivatoren und Bedürfnissen zu verbinden. Dies sei u. a. geplant durch den Aufbau einer Forschungsstelle, die aus primär sozialwissenschaftlicher Perspektive auf den Phänomenbereich „Terrorismus/Extremismus“ fokussiert ist.

Das BKA werde darüber hinaus Anfang kommenden Jahres ein Kolloquium zur Frage abhalten, inwieweit ein Prognoseinstrumentarium im Phänomenfeld des Extremismus und Terrorismus installiert werden könne.

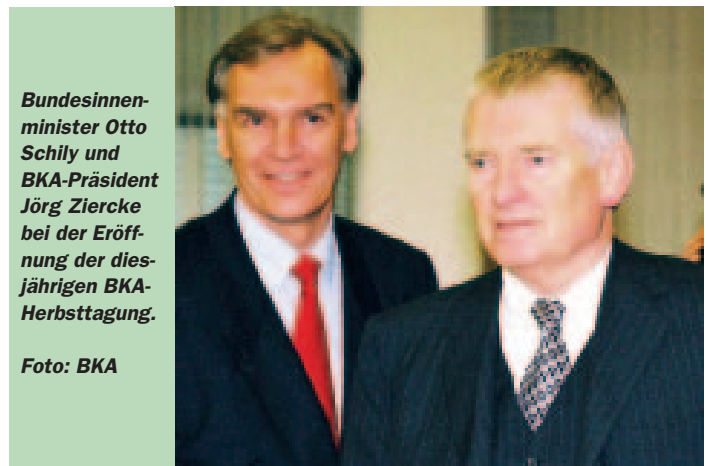
## Gemäßigte Muslime als Verbündete

Am zweiten Tag der Veranstaltung versuchten Experten, sich dem Thema „Islamischer Terrorismus“ aus verschiedensten Sichtweisen her zu nähern. Der Terrorismusexperte Peter Waldmann forderte dabei die deutschen Sicherheitsbehörden auf, die gemäßigten Muslime in

Deutschland als potenzielle Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus zu begreifen. Nicht sämtliche Anhänger dieses Glaubens könnten unter Generalverdacht gestellt und unter Beobachtung gehalten werden. Mus-

Verbündeter im Kampf gegen die Minderheit radikaler Islamisten akzeptiert. Radikale fänden oftmals einen fruchtbaren Nährboden bei frustrierten Heranwachsenden, die inzwischen in allen arabischen Staaten die größte Bevölkerungsgruppe stellten, aber kaum persönliche und wirtschaftliche Perspektiven sehen.

Einen interessanten Ansatz, nämlich aus ökonomischer Sicht, lieferte Dr. Tillmann Brück vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Seit dem 11. September 2001 habe die verbreitete unterschwellige Angst vor Anschlägen nicht nur Lebensqualität, sondern auch gigantisch viel Geld gekostet. We-



**Bundesinnenminister Otto Schily und BKA-Präsident Jörg Ziercke bei der Eröffnung der diesjährigen BKA-Herbsttagung.**

Foto: BKA

lime außerhalb der islamisch geprägten Länder seien zwar generell für die Verheißung des islamistischen Terrors wesentlich anfälliger, unter den rund 3 Mio. Muslimen in Deutschland seien sie aber in der Minderheit, so Waldmann.

Von einem diffusen Gefühl der Bedrohtheit der Menschen in der arabischen Welt sprach der Politologe Volkmar Wenzel, Islamexperte des auswärtigen Amtes. Westliche Medienfreiheit, Fernsehprogramme, Musik und Bücher erschienen vielen Menschen dort als potenziell gefährlich. Daher werde der Westen seiner Auffassung nach nicht als

gen des globalen Terrorismus habe allein das exportorientierte Westeuropa rund 30 Milliarden Euro mehr für den Warenhandel aufwenden müssen, weil sich international die Transportkosten deutlich erhöht hätten. In den USA habe sich die Arbeitsproduktivität nach dem 11. September um 1,1 % verringert. Dies bedeute allein im US-Bruttoinlandsprodukt ein Minus von 70 Mrd. Dollar.

## Terrorismusbekämpfung durch Finanzkontrolle

Prof. Dr. Nikos Passos von der Universität in Boston zeigte

demgegenüber auf, dass besonders die finanzielle Kontrolle ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus sei. Er warnte aber auch gleichzeitig vor zu hochgesteckten und unrealistischen Erwartungen. Kontrollen könnten zwar zur besseren Überwachung militanter Personen, zur Schadensreduzierung und Prävention dienen und zu Ermittlungsinitiativen beitragen. Unzureichendes kulturelles Verständnis, der Mangel an solidem Beweismaterial oder fehlende Kenntnis bezüglich der Geldbeschaffung für den Terrorismus und der Mechanismen des Geldtransfers könnten jedoch zu Schwerfälligkeit, Fehlplanung, hohen Kosten, Überregulierung und zu unnötigen Belastungen Unbeteiligter führen. Er machte seine Thesen insbesondere an dem Hawala-System fest. Dies ist das inoffizielle Geldtransfersystem, mit dem teilweise immense Summen innerhalb kürzester Zeit aus sicheren Staaten über Mittelsmänner dorthin gelangen, wo die international operierenden islamistischen Terroristen diese Geldmittel benötigen.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete wie immer eine Podiumsdiskussion. Unter Leitung von Dr. Jan Philipp Reemtsma diskutierten Wissenschaftler, Vertreter von Nachrichtendiensten, der Bundeswehr, der Polizei und der Bundesdatenschutzbeauftragte die Frage, ob die bisher bestehenden Netzwerke gegen den Terrorismus schlagkräftig genug seien.

Obwohl keine konkreten Ergebnisse am Ende dieser Diskussion standen, kann durchaus festgehalten werden, dass die Terrorismusbekämpfung in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau gesehen wird. Gleichzeitig wurden aber weitere Verbesserungen, wie insbesondere ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Beteiligten, für unausweichlich gehalten. **now.**

# Gleichstellung von Frauen und Männern im Fokus

**Der Öffentliche Dienst bietet die Voraussetzungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und ist dennoch kein Vorreiter der Chancengleichheit. Dies machte das Schöneberger Forum des DGB zu „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-, Laufbahn- und Leistungsprinzip“ deutlich. Rund 500 TeilnehmerInnen waren am 16. und 17. November zu der beamtenpolitischen Tagung nach Berlin gekommen, die zum 7. Mal im Schöneberger Rathaus stattfand.**

Trotz Grundlagen wie dem Gleichstellungs-Prinzip Gender Mainstreaming (GM), Gleichstellungsgesetzen und -beauftragten „laufen die Dinge zu langsam“, bedauerte DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock. In Führungspositionen seien Frauen im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert. Einen Grund sah sie im Beurteilungssystem, das für den Aufstieg bestimmend ist. Die Richtlinien seien zwar geschlechtsneutral, könnten aber diskriminierend angewendet werden.

Leistungen von Männern würden immer höher eingeschätzt als die von Frauen, bestätigte die Betriebswirtin Dr. Andrea Jochmann-Döll. Die Perspektive verändere sich, wenn Frauen Männer beurteilten, berichtete die stellvertretende Vorsitzende der GdP-Frauengruppe Ursula Fendl. Subjektivität lasse sich bei Beurteilungen nie vermeiden, warf Cornelia Peters ein. Entscheidend ist nach Ansicht der Abteilungsleiterin im Bundesinnenministerium jedoch, dass sie sichtbar und bewusst gemacht wird. Dies sei Aufgabe der Führungskräfte. Ein neues Bewertungssystem müsse zwischen der Bewertung von Leistung sowie Potenzialanalysen und Prognosen zum zukünftigen Verhalten unterscheiden.

**Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt.**



**Moderatorin Gabi Wuttke, Cornelia Peters vom Bundesinnenministerium und die stellvertretende Vorsitzende der GdP-Frauengruppe Ursula Fendl (v.l.) im Forum zur Beurteilung. Ursula Fendl: Die Perspektive verändert sich, wenn Frauen Männer beurteilen. Foto: DGB**

Als Maßnahmen gegen Diskriminierung nannte Gertraude Krell Beurteilung von unten nach oben und eine Führungskultur, die Vielfalt hervorbringt. Gemischte Gruppen arbeiteten kreativer und reagierten flexibler auf veränderte Arbeitsbedingungen, erläuterte die Berliner Professorin für Personalpolitik. Sehrbrock forderte, die Beurteilungspraxis unter Gender-Aspekten genauer zu untersuchen. GM soll beiden Geschlechtern die gleiche Chance auf berufliche Entwicklung ermöglichen. Hamburg beispielsweise tut dies mit einer Teilzeitbörse für Teilzeitbeschäftigte. Sie können sich eine Chefstelle teilen.

Benachteiligungen machten die Referentinnen auch bei der Besoldung aus: Vollzeitbeamte

verdienten 2002 im Durchschnitt elf Prozent mehr als ihre Kolleginnen. Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Silke Stokar von Neuforn, warnte vor weiteren Benachteiligungen von Frauen durch Sparabsichten der Länder und durch das von ver.di, Bundesinnenminister und Beamtenbund verfasste Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform.

Zu fragen sei, wie Frauenkompetenzen bei der darin vorgesehenen Leistungsbewertung einfließen oder Erziehungszeiten positiv angerechnet werden sollen. Sehrbrock lehnte ein Pauschalmodell zur Leistungsbewertung für alle Berufsgruppen ab. Überlegt werden müsse, wie zum Beispiel die Leistung von Polizeikräften im Castor-Einsatz beurteilt werden soll.

Hans-Joachim Adams von der GdP Berlin bezeichnete das Eckpunktepapier als „großes Kostensparprogramm“ und bekräftigte die Ablehnung der GdP. 2007 betrage das Basisgehalt nur noch 96 Prozent von dem im Jahr 2006, erläuterte er den Vorschlag, wonach das Basisgehalt zunächst um bis zu vier Prozent vom jetzigen Grundgehalt abweichen kann. Außerdem reiche die Streichung des Verheiratenzuschlags zur Finanzierung der geplanten Leistungsstufen nicht aus.

Weitere Berichte und Informationen:

[www.schoeneberger-forum.de](http://www.schoeneberger-forum.de)  
**Barbara Haas**

# Nachlese Bundesseniorenfahrt 2004

Einen besonderen Service für ihre älteren Mitglieder bot die Gewerkschaft der Polizei vom 27. September bis zum 11. Oktober 2004 in der Ferienanlage „Sunny Day“ im Seebad „St. Constantine“ in Varna/Bulgarien: Rund 300 GdP-Seniorinnen und Senioren erlebten und genossen die Schwarzmeerküste am Goldstrand.

„Den Alltag hinter sich lassen, Energie tanken, die vielfältigen Möglichkeiten zur Entspannung in der Hotelanlage zu nutzen und die herrliche Landschaft genießen“, war die Empfehlung des Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt bei seiner Begrüßungsansprache im Hotel Palace.

Von dieser Empfehlung ließen sich die Kolleginnen und Kollegen dann auch in den nächsten Tagen am Goldstrand der Schwarzmeerküste und bei den Veranstaltungen und Landausflügen leiten.

## Wellness – Folklore – bulgarische Spezialitäten

Von Sonnenstrahlen geweckt, zog es viele täglich nach einem ausgiebigen Frühstück, ausgerüstet mit Bademantel und Freizeit-Dress, in den hoteleigenen Wellnessbereich mit vielen Möglichkeiten, etwas für die Gesundheit



Stadtbummel in Varna

zu tun. Die Abende verbrachte und genoss man in den Hotel-Restaurants, der Lobbybar oder im direkt an der Küste gelegenen

Fischrestaurant (Stammlokal der rheinland-pfälzischen Teilnehmer!).

Einen Reishöhepunkt stellte



Unser Hotel Palace\*\*\*\* mit Thermalbad

der GdP-Festabend „Fiesta Bulgaria“ mit einem abwechslungsreichen Varietéprogramm und einem reichhaltigen Buffet bulgarischer Spezialitäten dar. Begeistert war man auch von den Show-Einlagen unserer Reiseleitung. Neben Bernd Böwing, der gekonnt durch das Programm führte, war Hans-Joachim Adams als Solotänzer in einer Profi-Tanzgruppe zu bewundern und Heinz Blatt glänzte als Solist mit dem Lied „Kalinka“. Sie ernteten tosenden Beifall.

## „Reif für die Insel“

... sagten sich viele der Reisetilnehmer als man der Halbinsel Nessebar einen Besuch abstattete und sich von der Schönheit und den vielen historischen (antiken) Stätten der Insel beeindruckten ließ. Dieser Tagesausflug gehörte neben anderen Ausflügen und Besichtigungen zu den Highlights der Reise. Nessebar ist regelrecht ein „Muss“, wenn man an die Schwarzmeerküste kommt.

Die nächsten Tage sollten ganz der Entspannung dienen und nicht mit einem „Programm“ überlastet werden. Alle hatten Zeit und Muße, die Bädereinrichtungen (Thermalbäder) zu nutzen und zu genießen und

sich in den umliegenden Geschäften und Märkten nach „Mitbringseln“ umzusehen.

## Informativ und gesellig zugleich

Es war informativ, gesellig und schön zugleich – so das Fazit der Teilnehmer über das gewerkschaftliche Begleitprogramm, das neben dem touristischen Teil der Reise die Gelegenheit bot, sich über aktuelle seniorenspezifische Fragen zu informieren.



Hans Adams (rechts) erläutert – wie immer – während eines Spazierganges die Renten- und Gesundheitsreform

„Wie müsste eine Gesellschaft beschaffen sein, damit ein Mensch auch im Alter Mensch bleiben kann?“ Mit dieser Fragestellung leitete Heinz Blatt sein Referat „Senioren: gestern – heute – morgen“ ein. Mit einem Blick in die Geschichte beleuchtete er die Situation der „Alten“ von der griechischen Antike bis ins 20. Jahrhundert, analysierte den heutigen Umgang mit älteren Menschen und stellte dabei besonders heraus, dass „Älter werden“ eine Errungenschaft unserer Zivilisation ist und keine Belastung. Generationensolidarität und damit der Generationenvertrag müssen dauerhafte Grundlage unseres

Sozialsystems sein. Hans-Joachim Adams referierte über die aktuelle Lage im Versorgungsrecht und über die „Gesundheitsreform“. Ebenso stand er allabendlich in einer GdP-Sprechstunde im Hotel für persönliche Fragen zur Verfügung.

Erfreut zeigten sich die Kolleginnen und Kollegen auch über die Anwesenheit des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut, der an einem Nachmittag die „Aktuelle Gewerkschaftspolitik“ erläuterte und damit zugleich eine rege Diskussionsrunde einleitete, die sich überwiegend mit den Themen „Eckpunktepapier“ und „Spitzenorganisation“ befasste.

## Gestärktes Gemeinschaftsgefühl

Die schönen und erholsamen Tage an der Schwarzmeerküste gingen natürlich viel zu schnell vorbei. Es war eine erlebnisreiche Reise, bei der das Gemeinschaftsgefühl der GdP-Senioren gestärkt wurde.

Dank an alle diejenigen, die zum Gelingen dieser Reise beigetragen haben. Den Organisatoren und Reiseleitern: Bernd Böwing, Manfred Stock und Thomas Klein sowie den Referenten Bernhard Witthaut, Heinz



In fröhlicher Runde beim Frühschoppen in Varna Fotos: GdP

Blatt und Hans-Joachim Adams. Und die zum Abschied am häufigsten gestellte Frage: Wann findet die nächste Senioren-Reise statt?

Bitte umblättern!

HeBl



# Die 5. Bundesseniorenfahrt 2005 geht nach Litauen und Lettland – vom 9. bis zum 18. September 2005

In den Baltischen Ländern trifft man immer wieder auf Spuren der deutschen Geschichte. Entdecken Sie die malerischen Kurländer, weite Ostseestrände und prunkvolle Schlösser, alte Gutshäuser, die elegante Jugendstil-Metropole Riga und das „Jerusalem des Nordens“ – Vilnius. Wandeln Sie mit uns auf den Spuren alter Kauf- und Rittersleute.

Am 9. September 2005 geht es von den Heimatorten **Köln, Berlin-Tegel, Hannover, München, Hamburg, Frankfurt/M.** mit Linienfluggesellschaften nach Vilnius. Dort werden die Teilnehmer von der deutsch sprechenden Reiseleitung begrüßt und zum 4-Sterne-Hotel „Reval Hotel Lietuva“ gebracht.

Auf dem Programm der folgenden Tage stehen u. a. eine kombinierte Stadtrundfahrt/ Stadtführung in Vilnius, ein Ausflug nach Trakai und zur Kurischen Nehrung, ein Stadtbummel in Kaunas und Klaipeda. Und es geht auch nach Riga, wo

es eine Stadtbesichtigung und Zeit zum Bummeln geben wird. Vor dort startet eine Exkursion nach Sigulda – dem Nationalpark (auch lettische Schweiz genannt). Darüber hinaus ist z. B. ein abendlicher Besuch der Philharmonie oder eine Ballettaufführung in Vilnius möglich oder auch eine Schifffahrt in Atrakai. Natürlich ist auch wieder für ein umfangreiches GdP-Begleitprogramm – u. a. mit Gesprächsrunden über die aktuelle Gewerkschaftspolitik und das Besoldungs- und Versorgungsrecht – gesorgt.

Folgende Leistungen sind eingeschlossen:

- Linienflüge ab den Heimatflughäfen nach Vilnius/ Rückflug ab Riga
- deutsche sowie ausländische Flug- und Flugsicherheitsgebühren
- 3 Übernachtungen in Vilnius im Reval Hotel Lietuva\*\*\*\*
- 3 Übernachtungen in Klaipeda im Klaipeda Hotel\*\*\*\*
- 3 Übernachtungen in Riga im SAS Radisson\*\*\*\*



**Auch ein Ausflug zur kürzlich renovierten Burg Turaida mit Besichtigung steht auf dem Programm der 5. GdP-Seniorenreise.**

**Foto: Archiv photocase**

- 9 Mal Halbpension gemäß Programm
- Fahrt in modernen Fernreisebussen (Landeskategorie = 1. Klasse, incl. Air Condition und WC) durchgehend ab Vilnius bis Riga
- organisierter Gepäcktransport bei Ankunft in Vilnius, Abflug in Riga und jedem Hotelwechsel
- örtliche deutschsprachige Reiseleitung durchgehend ab Vilnius bis Riga
- örtliche Steuern im Baltikum und ökologische Steuern in der Kurischen Nehrung
- Eintrittsgelder, soweit nicht anders angegeben
- Reiseleiter
- EU-Sicherungsschein
- GdP-Abend
- Reiserücktrittskostenversicherung



## Voranmeldung

**Ja**, ich interessiere mich für das Angebot der 5. Bundesseniorenfahrt 2005

**Anmeldeschluss: 31.01.2005**

Anmeldungen unter:  
GdP Bundesvorstand,  
Abt. Organisation, Carmen Kriebber,  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon: 0211-7104-209  
Telefax: 0211-7104-145  
E-Mail: ckriebber@gdp-online.de

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Meine E-Mail-Adresse

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Preis pro Person im Doppelzimmer: 1.353,00 Euro  
Preis pro Person im Einzelzimmer: 1.676,00 Euro

**Voranmeldungen** bitte nur auf dem nebenstehenden Coupon. Nach der Voranmeldung werden die genauen Unterlagen mit detailliertem Programm zugesandt.

Ein Anmeldeformular mit ausführlichen Informationen, Programm und Details wird **nach Eingang der Voranmeldung** zugeschickt.